

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühnow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 10.

Berlin, den 10. März 1912.

13. Jahrgang.

„Schutz den Arbeitswilligen.“

II.
Der vorige Artikel hat gezeigt, daß es an Strafbestimmungen, die den Schutz der Arbeitswilligen bezwecken sollen, in Deutschland wirklich nicht fehlt. Wenn nun noch schärfere Maßnahmen gefordert werden, dann müssen diese Arbeitswilligen als Helden der Menschheit und Erretter des Vaterlandes erscheinen. Man bedenke, Majestätsbeleidigungen werden nach dem Gesetz von 1908 nicht mehr so scharf bestraft als früher, und für Arbeitswillige wird noch ein größerer Schutz gefordert! Bei diesen schärferen Bestrebungen ist immer im Auge zu behalten, daß es sich um Ausnahmegesetze gegen Arbeiter handelt, die von einem gesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch machen, und die durch wirtschaftliche Verhältnisse gezwungen sind, gemeinsam zu handeln. Und die geschützt werden sollen, das sind Arbeiter, die ihren Standesgenossen im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Rücken fallen. Dabei handeln die Arbeiter nicht anders als andere Erwerbsklassen auch. In allen Klassen unseres Volkes ist heute der Gedanke der Solidarität, das gemeinsame Handeln der Berufs- und Standesgenossen lebendig. Jene Zeit, wo man glaubte, jeder Mensch würde als einzelne Person sein höchstes Glück auf Erden finden, wenn man ihm nur vollständige Freiheit lasse, ist längst vorbei. Die Gruppen, die sich im Wirtschaftsleben nicht zusammenschließen, sind zur Ohnmacht verurteilt oder werden gar erdrückt. Dieser Einsicht kann sich kein volkswirtschaftlich und sozial denkender Mensch verschließen. Das praktische Leben zeigt uns auch, daß gerade in den letzten Jahren überall der Gedanke der Solidarität Boden gewonnen hat. Die Gesetzgebung sucht den Zusammenschluß mit den verschiedensten Mitteln zu fördern, es braucht hier nur an die Handwerkerorganisationen erinnert zu werden, die von der Gesetzgebung geradezu großgepöppelt werden. Der Staat tritt den Organisationen der Produzenten bei, wie dieses der Anschluß an das Kohlen-Syndikat und an die oberschlesische Kohlenkonvention in der jüngsten Zeit deutlich beweist. Der Staat wurde in Oberschlesien vorgeschickt, um die Kohlenpreise zu erhöhen, dann folgten die Grubenbesitzer nach. Ja, der Staat schafft sogar Gesetze, um das Anbieten der Preise, die Verschleuderung der Waren zu verhindern, denn nichts anderes sollte mit dem Kaligesez erreicht werden. Und der Kampf der Kartelle, Syndikate usw., zu denen nun auch der Staat gehört, ist bekannt. Mit allen möglichen Mitteln werden die Unternehmungen, die nicht der Verbindung angehören, gezwungen, sich den gemeinschaftlichen Beschlüssen der Gesamtheit anzuschließen. Warum werden denn nun eigentlich die Arbeiter andauernd befehlet, wenn sie dasselbe tun? Auch die Arbeiter müssen sich zusammenschließen um dadurch ihre gegenseitige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte auszuschließen. Sie müssen bestrebt sein, den Preis der Arbeit, den wir gewöhnlich Lohn nennen, mitzubestimmen. Nur eine Organisation vermag den Preis der Arbeit auf einer angemessenen Höhe zu halten, nur sie kann dauernde Schwankungen der Löhne verhindern. Bei der Arbeiterbewegung handelt es sich gleichfalls um eine Standesbewegung, die erfolgreichsten Kämpfe kommen allen Arbeitern zugute. Wir haben auch noch keine Arbeitswilligen gesehen, die sich der Erfolge der organisierten Arbeiter nicht freuen. Was diese Elemente ver-

schmähen, das sind die Opfer, die jede größere Bewegung ganz natürlich fordert. Sind das wirklich Helden, die aus reinem Egoismus sich einen Vorteil zu verschaffen suchen auf Kosten ihrer Standesgenossen? Wer windet denn dem Vaterlandsverräter Lorbeerkränze oder verlangt Orden und Ehrenzeichen für ihn? Die Motive eines Streikbrechers und eines Landesverraters unterscheiden sich gar nicht, beide verraten, um persönlichen Nutzen zu erzielen. Nun kann man ja zugeben, daß unter den Arbeitswilligen sich auch Leute finden, die zu einsältig sind, um einzusehen, zu welchen Zwecken sie von den Unternehmern gebraucht werden. Diese verdienen unser Mitleid, denn gegen die Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens.

Es leuchtet ein, daß die Handlungsweise der Arbeitswilligen alles andere als lobenswert ist. Dieser Ansicht war auch das Gewerbegericht in Hannover, das vor einigen Jahren die moralischen Eigenschaften der Arbeitswilligen anzweifelte. Die Unternehmerpresse war darüber sehr empört, ganz mit Unrecht. Viel Viehe haben doch die Unternehmer für die Streikbrecher auch nicht, was daraus zu ersehen ist, daß sie dieselben immer entlassen, sobald der Streik vorbei ist. Die Unternehmer sind sich wohl bewußt, daß es sich vielfach um minderwertige Arbeitskräfte, sehr oft um gewohnheitsmäßige Trinker usw. handelt, die sonst nirgends eingestellt werden.

Auf der Suche nach Arbeitswilligen sind die Unternehmer in den letzten Jahren dazu gekommen, Gewerkschaften zu gründen, die als gelbe Organisationen bezeichnet werden. Es handelt sich nicht um selbständige Arbeiterorganisationen, sondern um eine Unternehmerschutztruppe im wahrsten Sinne des Wortes. Achtung können diese Organisationen keinem vorurteilslosen Menschen abringen. „Ein Arbeiter, der auf Solidarität und Standesehre hält, wird sich kein Koalitionsrecht nicht durch Geldspenden der Arbeitgebererschaft abkaufen lassen.“ (Dr. Reßler, Die Arbeitgeberverbände, Seite 287.) Die Unternehmer selbst zweifeln heute an der aufrichtigen Treue der Gelben, sie vermuten, daß die Unhänglichkeit dann aufhört, wenn diese Elemente nicht mehr die Vorteile genießen, die der Anschluß an eine gelbe Organisation mit sich bringt. Die gelben Gewerkschaften franten an einem großen Widerspruch. Ebenjowenig sich ein Unternehmer den Gewerkschaften anschließt, um hier seine Interessen zu vertreten, ebenso widersinnig ist es, den Arbeitern zuzumuten, sich Vereinen anzuschließen, die in Wirklichkeit Arbeitgeberinteressen vertreten.

Als Arbeitswillige kommen vielfach auch ausländische Arbeiter in Betracht, wenigstens haben sie in den letzten Jahren bei allen großen Kämpfen eine Rolle gespielt. Hier ist von den Unternehmern wirklich schon viel gesündigt worden. Gewissenlose Agenten haben die Ausländer angeworben, hohe Löhne, gute Arbeitsbedingungen usw. sind den Arbeitern zugesichert. Daß sie an einen Streikort transportiert werden sollten, erfuhren sie in der Regel nicht. Am Streikort angekommen, wurden diese armen Menschen, die unsere Sprache nicht verstehen, so verwahrt, daß es schwierig war, mit ihnen auch nur ein paar Worte zu sprechen. Revolver und Dolche sind den ausländischen Arbeitern oft ausgehändigt und ihnen dann geraten worden, die Waffen nur zu gebrauchen, denn die einheimischen Arbeiter wollten ihnen schaden. Verschiedene Arbeitgeberverbände haben bei der Heranschaffung von Ausländern wirklich allerlei geleistet. Heute werden sie sich doch sagen müssen, daß alles nichts genützt hat. Der Ruf nach mehr „Schutz der Arbeitswilligen“ kennzeichnet die Verlegenheit der Unternehmer, die

ihren Herrenstandpunkt noch immer nicht aufgeben wollen. Wenn sich die Arbeitgeberverbände die Elemente richtig ansehen, für die sie weitere Ausnahmegesetze fordern, dann müßten sie sich eigentlich schämen; Lorbeeren werden sie sich sicher nicht mit diesen holen. Die Arbeitgeberverbände in Deutschland haben auch keine Veranlassung, nach Ausnahmegesetzen zu rufen, wenn sie sich ihre eigenen Säten immer vor die Augen hielten. Die Kampfmittel entbehren nicht der Schärfe, die sie so gern den Gewerkschaften zum Vorwurf machen. Es sind bis jetzt nur wenige Unternehmer dem Strafrichter in die Hände gefallen, sonst würden sie auch nicht nach Ausnahmegesetzen rufen. In den letzten Jahren hat es an aggressiven Maßnahmen seitens der Arbeitgeberverbände nicht gefehlt. Wie oft wurden Arbeiter gemaskiert und verfehmt, so daß sie Wochen und Monate keine Beschäftigung finden konnten. Mancher Arbeiter hat hier schwer geblutet; nur wenige Fälle sind der Öffentlichkeit bekannt geworden. Den Arbeitgeberverbänden ist es leicht, die schärfsten Waffen hinter den Kulissen anzuwenden und sich dann den Mantel der Unschuld umzuhängen. Nicht minder scharf sind die Mittel, mit denen die Unternehmer ihre Außenseiter bekämpfen. Bei der Aussperrung im Baugewerbe 1910 haben sich die Unternehmer gar nicht gefürchtet, öffentlich die Materialsperrre zu fordern, und die Materiallieferanten, die sich nicht gefügig zeigten, wurden mit Boykott bedroht. Wenn man sich die Kampfweise der Unternehmer betrachtet, dann muß man staunen über die Unversfrorenheit, gegen andere Ausnahmegesetze zu fordern.

Die Arbeitgeberverbände haben alle Veranlassung, in ihren eigenen Reihen auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu achten. Im Jahre 1908 sind 9576 strafbare Handlungen der Unternehmer gegen die Gewerbeordnung festgestellt worden. Dazu kommen noch 21 693 Vergehen gegen das Kinderchutzgesetz, gegen das Phosphorverbot, die Arbeiterversicherung, die Seemannsordnung usw., also insgesamt 31 000 Fälle. (Prof. Franke, Soziale Praxis, Nr. 6.) Wenn alle strafbaren Fälle hätten ermittelt werden können, dann wäre diese Zahl zum mindesten noch einmal so hoch, denn es ist ja nur selten möglich, die Unternehmer zur Anzeige zu bringen. Bei einer objektiven Würdigung der Bestrebungen zur Verschlechterung des Koalitionsrechtes wird man auch der Sozialdemokratie und den ihr verbundenen Gewerkschaften gedenken müssen. Die Genossen haben den Scharfmachern oft genug Material geliefert, aber niemals so viel, wie bei dieser Frage. Es braucht hier nur an die Generalfstreikdebatten erinnert zu werden. Einmal wurde der Generalfstreik als ein politisches Kampfmittel angesehen und das andere Mal wieder nicht. Hof und hül wurden die Massen gelenkt. Gewissenlose Hecker sind in die Arbeiterversammlungen gegangen und haben für den Massenstreik Propaganda gemacht. Ja, die Mitglieder wurden gegen die eigenen Führer aufgewiegelt. Nun ist aber daran gar nicht zu zweifeln, daß dieses den Gewerkschaften geschadet hat; die Disziplinbrüche sind bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften zahlreicher geworden. Es läßt sich nicht leugnen, daß auf die Dauer sich auf diesem Gebiete noch große Schwierigkeiten ergeben werden. Was mehr noch geschadet hat, das ist der Terrorismus der Genossen gegen andere organisierte. Wenn man dazu übergeht und dem roten Terror Brandmarkt, dann sagen die Genossen, damit würde den Scharfmachern Material geliefert. Nein, diejenigen, die in die Köpfe der Arbeiter einen übertriebenen Dünkel, einen krankhaften

Größenwahn hineingebracht haben, das sind die Handlanger der Scharfmacher. Wenn es wahr ist, was die rote Presse dauernd lehrt, daß man nur Sozialdemokrat zu sein braucht, um das Paradies auf Erden zu verwirklichen — und die Masse glaubt dieses —, dann ist der Fanatismus unausbleiblich. Dieser Fanatismus ist die eigentliche Ursache des Terrorismus.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach den Wahlen der Terror der Genossen schärfer wird. Wir können den Genossen versichern, daß wir uns von ihnen nicht an die Wand drücken lassen, sondern nach wie vor diesen Unverstand brandmarken werden. So zeigt unsere Betrachtung, daß die Scharfmacher von rechts und die Radikalisten von links das Koalitionsrecht gefährden. Ohne Organisation ist aber ein weiterer Aufstieg der Arbeiter in Deutschland unmöglich. Die Anschläge gegen das Koalitionsrecht werden am besten abgewehrt durch eine starke christliche Arbeiterbewegung. Dieser neue Massen zuzuführen, liegt daher im Interesse der ganzen deutschen Arbeiterchaft.

F. E.

Syndikalismus und Sozialdemokratie.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß der Sozialdemokratie fast in allen Ländern Feinde in den eigenen Reihen entstehen. Soeben ist es zur Spaltung in der italienischen Sozialdemokratie gekommen, in Frankreich stehen sich verschiedene Richtungen gegenüber, in Dänemark und Schweden bestehen starke gegensätzliche Strömungen, in Oesterreich-Ungarn haben sich die slawischen Sozialdemokraten von den deutschen abgegrenzt und bekämpfen sich aufs bitterste, und auch in Deutschland stehen sich verschiedene Richtungen gegenüber, wobei es gelegentlich zu spontanen Explosionen kommt. Revisionisten und Radikale stehen sich in Deutschland gegenüber, beide umschlingt jedoch noch eine gemeinsame Organisation. Es kommt jedoch noch eine dritte Richtung hinzu, die Anarchosozialisten, die bis zum Mannheimer Parteitag nur gewerkschaftlich von der Sozialdemokratie getrennt waren, dann durch Parteitagseinstellung ausgeschlossen wurden, falls sie ihre besonderen gewerkschaftlichen Organisationen nicht aufgeben würden. Einige Gruppen fügten sich und entgingen so dem Ausschluß, andere jedoch nicht. Sie zogen die Konsequenzen, proklamierten aber den schärfsten Kampf gegen ihre ehemaligen „Genossen“.

Die Ursachen dieser Erscheinung liegen sowohl auf faktischem wie auf grundsätzlichem Gebiet. Gemeinsam ist allen, daß sie ursprünglich von dem Grundgedanken einer revolutionären Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ausgingen, in dem Weg zu diesem Ziel aber bald auseinandergingen. Ein Teil ging überhaupt nicht den bestrittenen Weg konsequent weiter, blieb stehen und schlug Nebenwege ein, die grundsätzlichen mit der alten revolutionären Idee und der Verwerfung alles Bestehenden nicht mehr in Einklang gebracht werden konnten. Ein anderer Teil ging wieder über das ursprüngliche Ziel hinaus, den auf dem zertrümmerten „Klassenstaat“ aufgebauten sozialistischen Staat betretend. Wer für anarchische Freiheit ist, kann natürlich ein sozialistisches Staatswesen noch weniger wünschen, da die persönliche Unterordnung in ihm naturgemäß eine weit größere sein muß, wie im sogenannten „Klassenstaat“.

Die Gegensätzlichkeiten sind in jedem Land voneinander verschieden, ebenso wieder zwischen den einzelnen Nationen. Hier zeigt sich's geradezu klassisch, daß es unmöglich ist, die durch Rasse, Sprache, Geschichte, Interessen und andere Besonderheiten voneinander getrennten Völker unter einem Hut zu bringen. In Frankreich beherrscht der Syndikalismus die Gewerkschaften. Ihr Programm nähert sich, wie bei der Syndikalisierung aller Länder, dem Anarchismus. Direkte Aktion, Generalstreik, Sabotage (Verhinderung von Maschinen, Arbeitsgeräten usw.), sind ihr Programm. Große, zielbewußte gewerkschaftliche Arbeit, hohe und regelmäßige Beiträge, ist ihnen ein Gesetz, der Putsch ist ihr Lebenselement. Sie handeln damit von Niederlage zu Niederlage. Die französischen Gewerkschaften stehen mit der französischen politischen Sozialdemokratie in absolutem Gegensatz. Diese schwimmt vollständig in bürgerlichem Schwelger und nimmt eine Stellung ein, ähnlich wie der Sozialliberalismus. Sie liebt die „Genossen“ aufzumärschieren lassen, was die hochentwickelte Politik mit, die injiziert wurde, um die Arbeiter über notwendige sozialpolitische Maßnahmen hinwegzuführen. Das auch gelungen ist

In Deutschland liegt's umgekehrt. Hier gingen die sogenannten „freien“ Gewerkschaften den Weg streng gewerkschaftlicher Grundsätze, erheben hohe Beiträge, die sie zu bedeutenden Fonds ansammelten und führten mit den Unternehmern zielbewußte Kämpfe. Daß solchermaßen geführte Kämpfe für die Arbeiter von Erfolgen begleitet sein mußten, ist klar. Die Folgen einer derartigen gewerkschaftlichen Arbeit liegen aber keineswegs im Sinne einer revolutionären und alles verneinenden Partei, wie es die sozialdemokratische in Deutschland ist. Sie kennt keine Kompromisse mit dem Gegenwartsstaat und bekämpft alles rücksichtslos, das auf ein derartiges Ziel, wenn auch ungewollt, aber durch sich selbst dahin wirkend, hinsteuert. Daher die Angriffe der politischen Sozialdemokratie auf die „freien“ Gewerkschaften, sie würden den Klassenkampf verwässern. Bezeichnungen wie „Spießbürger“, „Unteroffiziere“, „weicher Kehrichthaufen der Gewerkschaften“, die genannten Gewerkschaften und ihren Führern galten, besagen genug. Und es reißt der Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften gar nicht ab.

Die deutschen „freien“ Gewerkschaften haben aber inzwischen eine Stärke erlangt, die ihnen erlaubt, gelegentlich der Partei die Faust ins Auge zu drücken. Die Gewerkschaftsführer gehören fast durchweg der revisionistischen Richtung an, die opportunistische Politik betreiben möchte, auch mit den Machthabern des „Klassenstaates“. Sie sehen den ganzen Jammer und die Unfruchtbarkeit der 40jährigen Arbeit der sozialdemokratischen Partei ein, und möchten umschwelen. Sie würden sich nichts daraus machen, dem „Klassenstaat“ mit samt seinem Militarismus, Marinismus usw. die Mittel zu seiner Existenz zu bewilligen. Hier aber beginnt der Konflikt. Die Radikalen, die den alten, revolutionären Standpunkt nicht verlassen wollen, setzen einer derart gerichteten Politik den schärfsten Widerstand entgegen. Für sie gibt es keinen Kompromiß, da ein solcher nur das Endziel hinausschieben oder überhaupt unmöglich machen könnte. Und in diesem Punkte treffen sich mit den radikalen Führern weite Kreise der Anhänger der Sozialdemokratie. Die geradezu blindwütige Verheerung hat sie dahin getrieben. Ein Pattieren mit der Regierung bedeutet für sie den Verzicht auf die „Befreiung vom Klassenstaat und der Beseitigung jedweder Ausbeutung“. Und so läßt sich mit Sicherheit schließen: Betritt die Partei die Plattform opportunistischer Politik, ist es um ihre Einheit getan.

Das Beispiel liegt auf gewerkschaftlichem Gebiet bereits vor. Die anarchosozialistische Richtung gewinnt unzweifelhaft auch in Deutschland an Boden. Ursprünglich nur in einigen Städten Norddeutschlands vertreten, ist sie heute bereits in fast allen Großstädten, auch in mittleren und kleineren, anzutreffen. Wenn auch noch gering an Zahl, läßt sich doch die Ausdehnung ihrer Gedanken und Ziele deutlich verfolgen. Und das trotz ihrer äußerst geringen Propagandamittel, wie Presse und dergleichen. Sie holt ihre Nahrung aus der Kompromißarbeit der Gewerkschaften, die sie bekämpft, und sonderbarerweise auch aus der unfruchtbarsten Politik der Sozialdemokratie. Die ordnungs- und friedensstiftende Wirkung der Tarifvertragspolitik ist ihr verhaßt, weil dem Klassenkampf abträglich; härtester und stetiger Kampf erscheint ihr als ein zweckmäßigeres Mittel zur Vertretung der Arbeiterinteressen. Zugleich aber auch als Vorbereitung zur großen Abrechnung mit der heutigen Gesellschaft und zu ihrer Ueberwindung. Die Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie im Parlament hat bei ihr zur vollständigen Verwerfung des letzteren geführt, da nichts davon für die Arbeiter zu erhoffen sei, am wenigsten die „friedlose“ Umwälzung. Direkte Aktion, Generalstreik, Revolution, das ist ihr Programm. Wir führten bereits die zahlenmäßige Ausdehnung der Anarchosozialisten an, ebenso ihre Ideen. Eine opportunistische Politik der Sozialdemokratie im Reichstag würde den gärenden Bann brechen, und den Anarchosozialisten Tausende durch die rote Parteipresse radikalisierte und fanatisierte Parteigänger zuführen.

Die dänischen sozialdemokratischen Gewerkschaften sahen sich genötigt, im Januar dieses Jahres einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress abzuhalten, der sich fast ausschließlich mit den Syndikalisten befaßte. Letztere gewinnen ebenso wie in Dänemark auch in Schweden an Ausdehnung, und bestehende einheitlichen Organisationen. Es wurde der sozialdemokratischen Syndikalisten proklamiert. Es ist nicht anzunehmen, daß damit die radikalisierten Genossen, die nur der Logik sozialdemo-

kratischer Erziehung folgen, gebändigt werden. Gegenteil wird die Zerfegung fortschreiten. Italien kam es in der sozialdemokratischen Partei deshalb zur Spaltung, weil die Mehrheit es nicht über sich bringen konnte, ihr Vaterland in schwerer Stunde zu verleugnen und für die Unnektie Tripolis, zu der man stehen mag, wie man will, stimmten. Sie folgten damit dem Beispiel der englischen Sozialdemokraten, die auch für Heer- und Marineforderungen stimmen, die sich in erster Linie gegen Deutschland richten.

Das eine ist sicher, die Sozialdemokratie wird ernten, was sie gesät. Früher oder später. Die Saat des Hasses und der Unvernunft ist aufgegangen und üppig in die Halme geschossen. Sobald sie anschießt, zurückzurufen und zur Vernunft zu mahnen, schlagen die Wogen über ihr zusammen. Es war noch immer so: Wer Wind gesät, hat allem noch Sturm geerntet.

Allgemeines.

Deutscher Bauarbeiterverband und Affordarbeitsfrage. Wie wir dem „Hamburger Echo“ (Nr. 50) vom 27. Februar entnehmen, führte der Gauleiter Hartwig von Deutschen Bauarbeiterverband in einer am 23. Februar stattgefundenen Versammlung genannter Verbandes (Sektion der Maurer) folgendes aus:

„Unsere Forderung, die Schaffung eines Affordariftes für das Maurergewerbe, lebte der Baugewerbeverband leider ab. Desgleichen hat eine weitere Forderung, die gemeinsame Ausarbeitung eines Affordariftes, ihre Erledigung noch nicht gefunden.“

Das steht aber doch mindestens mit dem bisherigen Verhalten in der Affordarbeitsfrage aller an dem Betrage beteiligten Organisationen nicht mehr im Einklang.

Reinigung des Baugewerbes. Man berichtet uns aus Erfurt: Die in den Parlamenten und in Ministerien erlassen wiederholt zum Ausdruck gelangte Forderung, das Baugewerbe von unläuteren Elementen zu befreien, um damit zu seiner Gesundung beizutragen, hat hier jüngster Zeit mehrfach zu verwaltungsgerichtlichen Vorgehen der Polizeibehörde gegen unzuverlässige Bauunternehmer geführt. Auf Antrag der Erfurter Polizeibehörde beschloß heute der Bezirksausschuß, dem Bauunternehmer Hermann Schuchardt die Weiterführung des Gewerbebetriebes als Bauunternehmer zu untersagen. Der Urteil wird damit begründet, daß Schuchardt in moralischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sachtechnischer Beziehung nicht die Garantien biete, die von einem Bauunternehmer verlangt werden müßten.

Es ist nur zu begrüßen, daß es hier einmal ernsthaft unternommen wird, das Baugewerbe von solchen zweifelhaften Elementen zu säubern. Zu hoffen bleibt nur, daß ein solches Vorgehen nicht auf Erfurt beschränkt bleibt. Zu gleichen oder ähnlichen Maßnahmen haben die Polizeiverwaltungen auch sonstwo Berechtigung und — Anlaß.

Sind Gewerkschaften politische Vereine? Wie teilten früher mit, daß die Ortsgruppen der sozialdemokratischen Brauer und Bauarbeiter in Dresden von der Behörde für politische Vereine erklärt wurden, weil erster 500 und letztere 1000 M für die sozialdemokratische Wahlkasse spendiert hatten. Der Aufforderung, die Vorstandsliste einzuzureichen, kamen sie nicht nach, worauf Verhaftung erfolgte. Die eingelegte Verurteilung blieb erfolglos, die Brauer wurden mit 10 und die Bauarbeiter mit 15 M bestraft. Das Gericht hielt es für erwiesen, daß es sich um politische Vereine handle. Gegen das Urteil wurde Verurteilung eingelegt.

Die Ausfaat von Gift und Haß geht auf! Wer berufswegen dazu verurteilt ist, sozialdemokratische Zeitungen zu lesen, der wird sich oft fragen, wo soll die in ihrem tollen Radikalismus sich geradezu übermäßigem Schreibweise schließlich hinjähren? Das zeigt sich bald. Diese Ausfaat von Gift und Haß geht nun bei den Genossen auf den eigenen Feldern auf, was von den Genossen selbst sehr übel bemerkt wird. So geht's beispielsweise im „Verband der Buch- und Steindruckerei-Gesellen und Arbeiterinnen“ augenblicklich sehr „medelich“ zu, so zwar, daß eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden mußte, um die empörten Genossen wieder zu bannen. War da durch Mehrheitsbeschluß ein Tarifvertrag zustande gekommen, dem, nach Anhörung der Gauleiterkonferenzen und nach Sammlung der Wünsche aus allen Orten, die Verbandsleitung die Annahme nicht verjagen konnte. Die Berliner Ortsgruppe aber glaubt es sei über ihre weisheitsgefüllten Köpfe hinweg regiert worden und sie rebellierten. Die Verbandsvorsitzende Paul Thiede berichtete darüber:

„Mit dem Resultat der Tarifverhandlung beschäftigte sich dann sofort eine sehr stürmische Vertrauenspersonensitzung und danach eine von 3000 Personen besuchter persönlicher Mitgliederversammlung der Berliner. Die sachlichen Ausführungen des Vorstandes wurden stellenweise niedergeschrien, und schließlich wurde eine Resolution aus der Mitte der Versammlung angenommen, bei dem Vorstand das Recht abspriecht, selbst tätige Tarifabzuschließen, und weiter anspricht, daß die Berliner Filiale, solange die Ausführung der Beiträge an den Hauptvorstand verweigert, bis eine Generalversammlung des Gesamtverbandes

über den Streitfall eine Entscheidung getroffen hat." Die Verbandsvorsitzende Thiede und Wöhlke, Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, wandten sich aufs schärfste gegen diese Haltung der Berliner. Ja, ja, die Geister, die ich rief — Das aber sind die Früchte der unverantwortlichen, jeder gewerkschaftlichen Disziplin ins Gesicht schlagenden Schreibweise der roten Parteipresse. Diese sich mehrenden Disziplinbrüche drohen nachgerade zu einer Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft zu werden. Welchen Schaden richtete nicht der blutigen Kampf begonnene große Bauarbeiterkampf 1907 in Berlin an, ein Schaden, den die gesamte deutsche Bauarbeiterchaft 1910 noch verspüren mußte und an dem die Organisationsverhältnisse unter den Berliner Bauarbeitern heute noch krankt. Dahin kommt man aber, wenn man den Massen mit Schlagworten, wie dem von der „Souveränität der Massen“, schmeichelt und das demokratische Prinzip überspannt. Die Früchte sind nicht zweifelhaft.

Wenn das nicht zieht — zieht garnichts mehr, so dachten die „Genossen“ des Wahlkreises Bochum, als sie den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Hedemann, der auch Mitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter ist, des Streikbruchs bezichtigten. Aber auch das konnte den Durchfall des „Genossen“ Hue nicht aufhalten. Kollege Hedemann veröffentlichte darauf folgende Erklärung:

„Erklärung! Das Bochumer sozialdemokratische „Volkblatt“ und die sozialdemokratischen Flugblätter bezeichnen mich, obwohl ich diese Behauptung schon wiederholt als Lüge zurückgewiesen habe, immer wieder als Streikbrecher. Demgegenüber erkläre ich: Ich bin 1905 nicht Streikbrecher gewesen, sondern habe bis zum letzten Augenblick im Streik mit meinen übrigen Kameraden ausgeharrt. Ich habe auch der Aufforderung des Evangelischen Arbeiterbundes, an der ich keinen Anteil hatte, nicht Folge geleistet. Ich appelliere an das Ehr- und Solidaritätsgefühl meiner Kameraden, daß sie das glauben, was ich mit meinem Mannesworte bekräftige, und daß sie sich nicht durch sozialdemokratische Lügen und Fälschungen irre machen lassen.“

Karl Hedemann. Dieser unzweideutigen Erklärung fügte der „Bergknappe“ noch hinzu: „Außerdem hat sich ein früherer Arbeitskollege von Hedemann bei uns gemeldet, der zu jeder Zeit bezeugen kann, daß der Abgeordnete Hedemann 1905 kein Streikbrecher gewesen ist.“

Die Sozialdemokratie würde zweckmäßiger tun, sich um die Streikbrecher in ihren eigenen Reihen zu kümmern, denn da sind sie am zahlreichsten.

Ein „prügelnder Genosse“. In Stuttgart fand ein Verleumdungsprozeß des Kassierers des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Stalsky gegen den Redakteur Westmeyer vom dortigen sozialdemokratischen Parteiorgan statt. In einer Versammlung, die sich mit dem bekannten Stuttgarter Parteifreies befaßte, sollte ein Mitglied des „freien“ Fabrikarbeiterverbandes den Ausführungen Westmeyers Beifall. Daraufhin beschimpfte ihn Stalsky als „alten Kerl, der sich betrage wie ein Sub, er solle sich schämen“. Als dann Reichstagsabgeordneter Heil sprach, und ihm nun Stalsky Beifall sollte, gab ihm der Fabrikarbeiter seine Äußerungen zurück. Daraufhin schlug ihn Stalsky ins Gesicht, daß er ein blutunterlaufenes Auge davontrug. Der Streit wurde später beigelegt, indem Stalsky den Geschlagenen um Entschädigung bat. Das Stuttgarter Parteiorgan jedoch, das einen Bericht über die Versammlung brachte, worin die Handlung des Stalsky als eine „ehrlose“ bezeichnet wurde, wurde deswegen von ihm wegen Verleumdung verklagt. Der verantwortliche Redakteur Westmeyer wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Gewiß ein Zeichen „echter“ Brüderlichkeit.

Konservative Anträge gegen das Koalitionsrecht. Im sächsischen Landtag formulierte der konservative Abgeordnete Böhme in der Gesetzgebungsdeputation folgende Vorschläge:

- a) Zum Schutze der Arbeitswilligen gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikposten stehen;
- b) gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung;
- c) gegen die Sabotage;
- d) Stellung des Boykotts unter Strafe;
- e) gesetzliche Bestimmungen, nach denen die Gewerkschaftskassen für Schäden, die einzelne Mitglieder anrichten, haften;
- f) Außerklassierung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter und Arbeiter in solchen Betrieben, deren Aufrechterhaltung für das Gemeinwohl notwendig ist (Werke usw.).

Wir finden, Herr Böhme hat noch nicht vollständige Arbeit gemacht. Er sollte fordern, daß bei Strafe von einigen Jahren Buchthaus sich niemand koalieren darf. Dieses „niemand“ darf aber nur insoweit verstanden werden, als es sich um Arbeiter handelt. Unternehmern und Großgrundbesitzern muß dieses Recht gewahrt bleiben, denn diese haben ein „natürliches“ Anrecht darauf. Wollen denn die Konservativen, mit derartig kurzschichtigen und schärfmackerischen Anträgen auch nur den geringsten Erfolg zu erzielen? Dann sind sie wirklich schlecht orientiert und von Herzen zu bedauern.

Wer hat an der Aufhebung der Zölle das größte Interesse? Wir entnehmen der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 208) unter dem Stichwort „Die teuere Kartoffel“: „Staatssekretär Delbrück hat am 21. d. M. im Reichstag angeordnet, daß in diesem Jahre wegen der außerordentlich hohen Kartoffelpreise der regelmäßig am 15. Februar in Kraft tretende Kartoffelzoll von 1 Mark für den Doppelzentner bis Ende April nicht erhoben werden soll. Und am folgenden Tag ist dieser Beschluß des Bundesrats auch amtlich mitgeteilt worden. Darin war das Bestreben

der Regierung ausgedrückt, der immer noch bestehenden Teuerung mit geeigneten Mitteln entgegenzuarbeiten; und wenn das Gelingen der Regierung auch nicht reich war, so nahm die Bevölkerung es doch dankbar an. Man nahm an, daß die Aufhebung des Zolls — theoretisch betrachtet — eine entsprechende Verbilligung des Kartoffelpreises zur Folge haben, jedenfalls aber wohlthätig wirken müßte. Wie uns Zuschriften aus Händlerkreisen betreffen, ist das leider nicht geschehen. Die einführenden ausländischen Firmen glauben aus dem Wegfall des Zolls ein Sondergeschäft machen zu dürfen, indem sie den Preis für den Doppelzentner um den erlassenen Zoll erhöhen. Vor dem Beschluß des Bundesrats waren z. B. holländische Eigenheim Kartoffeln zu 2,87½ bis 2,90 Gulden für den Zentner käuflich. Seit der erwähnten Reichstagsbesitzung erhöhen die Holländer beständig die Preise. Am Donnerstag mußte man ihnen 3,20 und am Freitag schon 3,40 Gulden bewilligen. Der Zollnachlaß soll also ausschließlich den ausländischen Einfuhrfirmen zugute kommen; die deutschen Verbraucher sollen das Nachsehen haben. Das war nicht der Zweck der Uebung, und wir erwarten, daß unsere Händler Mittel finden, um diesen Mißbrauch zu verhüten.“ — Daraus ist deutlich zu ersehen, warum die Großkaufleute Freihändler sind. Das Volk hätte keinen Nutzen von der Aufhebung der Zölle, der Handel würde sie selbst einstecken, die Steuerzahler aber müßten obendrauf den Ausfall an Zolleinnahmen durch Steuererhöhungen tragen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Sperret sind: Essen (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Seifer, Köln, für Plattenleger die Zwischenmeister Geisen, Lüdinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Gollantsch (Sperre über Pawlidi) wegen Maßregelung. Zugung ist fernzuhalten.

Bologna (Italien). Ein Kollege schreibt uns aus Italien: Die Firma August Klönne aus Dortmund läßt in Bologna Arbeiten mit zumeist deutschen Arbeitern ausführen. Diese Arbeiten sind nun ihrer Fertigstellung nahe, und sollten unsere Kollegen nunmehr nach einer anderen Arbeitsstelle — ebenfalls in Italien — verschickt werden. Da es unmöglich ist, mit den bisher gezahlten Löhnen auszukommen, stellen unsere Kollegen, ehe sie sich verabschieden, Lohnforderungen. Bei den ungewöhnlich hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen ist der bisherige Stundenlohn von 78 Centi. (eine Lira hat 100 Centesimi gleich 80 Pf.) durchaus unzureichend. Die Kollegen fordern pro Stunde einen Lire, das ist für die dortigen Verhältnisse auch gar nicht zuviel. Die Firma Klönne-Dortmund wird ja nun versuchen, andere Arbeiter (Maurer) nach Italien zu bekommen. Unsere Kollegen werden dringend gewarnt, sich unter irgend welchen Versprechungen von dieser Firma nach Italien anwerben zu lassen, wenigstens nicht, ohne daß ihnen ein Stundenlohn von 95—100 Centesimi garantiert ist. Andernfalls schädigen sich die Kollegen selbst und fallen obendrein unseren dortigen Kollegen in den Rücken. Man mache in Versammlungen die Mitglieder auf Vorstehendes aufmerksam.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Frankfurt a. M.

Wenn das Jahr zu Ende geht und die zwölfte Stunde naht, dann sind es wohl eigenartige Gedanken, die an dem Geiste des denkenden Menschen vorüberziehen. Freude und Leid, die er im Jahre durchgemacht, spiegeln sich wider. Auch werden Betrachtungen angestellt, über die Erfolge oder Mißerfolge, die das schwindende Jahr gebracht hat. Im ersten Falle tritt wohl eine ruhige Zufriedenheit ein, man freut sich seiner Erfolge, besonders dann, wenn sie unter schwierigen Verhältnissen zustande kamen. Anders dagegen, wenn Mühe und Arbeit durch Mißerfolge belohnt werden. In diesem Falle wird der Geschäftsmann auch den geheimsten Pfaden nachgehen, Betrachtungen und Berechnungen anstellen, wie er sein Geschäft wieder heben und das Ansehen seines Hauses steigern kann. Vorstehendes gilt auch für uns und wollen wir das Jahr 1911 nochmals an uns passieren lassen. Bei Eintritt in dasselbe waren unsere Erwartungen ziemlich hoch gespannt. Wir erhofften eine Hochkonjunktur, die ja bekanntlich den Boden für größere Fortschritte im Gewerkschaftsleben abgibt. Doch mußten wir erfahren, daß der alte Spruch: „erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt“, auch heute noch Geltung hat. Unsere Hoffnungen sind auf diesem Gebiete nicht erfüllt worden. Wenn sich auch in einigen Städten ein Aufschwung bemerkbar machte, so standen dem andererseits eine ganze Anzahl Städte und Orte gegenüber, wo die Arbeitslosigkeit viel zu wünschen übrig ließ und ständig arbeitlose Bauarbeiter vorhanden waren. Aschaffenburg, Cassel und Fulda wurden besonders davon betroffen und ist im letzteren Orte die Mitgliederzahl dadurch etwas zurückgegangen. Daß diese Umstände der Agitation nicht förderlich sind, wird jedem begreiflich erscheinen. Trotzdem gelang es, eine ganze Anzahl Ortsgruppen, so u. a. in Schweinheim, Heimbuchenthal, Kreuznach, Trebnitz, Frielendorf, Cochem, Hazenport, Wölsitz und Floh zu errichten. In einer Anzahl von anderen Orten sind bereits Verbindungen hergestellt und werden weitere Neugründungen demnächst erfolgen. Die Zahlstelle Sauerbrunn, die ebenfalls neu gegründet wurde, ging wieder ein, da ein großer Teil der dortigen Kollegen im Spätsommer abreiste. Die Mitgliederzahlen des Bezirkes haben sich gegenüber dem Jahre 1910 um ca. 400 gesteigert. Wenn wir berücksichtigen, daß rund 1072 Mit-

glieder aufgenommen und 71 Uebertritte aus anderen Verbänden zu verzeichnen sind, so erscheint die Zunahme gering. Die Fluktuation ist zu groß und muß dieser kräftig entgegengearbeitet werden. Es muß Sache der Baudelegierten, Vorstände und Vertrauensleute sein, helfend und fördernd mit einzugreifen.

Entsprechend dem Beschlusse unserer Generalversammlung zu München, wurde mit der Agitation unter den jugendlichen Bauarbeitern eingesezt. In Frankfurt a. M. konnte bereits eine städtische Ortsgruppe errichtet werden, die in diesem Jahre weiter ausgebaut und verstärkt werden muß. An unsere älteren Mitglieder ergeht die Bitte, ihre jugendlichen Söhne sofort unserer Jugendabteilung zuzuführen. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß die Vertrauensleute in demselben Sinne wirken.

Von Lohnbewegungen wurden wir, trotzdem im Jahre 1910 die Lohn- und Arbeitsbedingungen bis 1913 geregelt wurden, nicht verschont. Es waren teilweise alte Bekannte, gegen die wir kämpfen mußten, um den Rechten der Arbeiter zum Siege zu verhelfen. Durch den für das hiesige Gebiet abgeschlossenen Vertrag, wurde der Beginn der Arbeitszeit an Montagen und der Schluß an Sonnabenden für das ganze Gebiet einheitlich festgelegt. In einer Anzahl Orte und Städte wurden dadurch die Bauarbeiter um eine bis zwei Stunden wöchentlich geschädigt, so daß von einer Lohn-erhöhung keine Rede mehr sein konnte. Die Arbeiterorganisationen bezogen daher bei dem mitteldeutschen Schiedsgericht, einen Lohnausgleich, der ihnen auch am 8. Mai zugesprochen wurde und am 23. Mai in Kraft treten sollte. U. a. wurde den Fuldaer Kollegen ein dauernder Ausgleich von einem halben Pfennig zum gebilligt. Doch hatten unsere Kollegen damit noch nichts gewonnen. Unsere Forderung auf Anerkennung des Schiedspruches wurde von dem größten Teil der Fuldaer Unternehmer, die aus dem Arbeitgeberverbande ausgetreten waren, um sich von ihren Verpflichtungen zu drücken, abgelehnt. Der ehemalige Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes tat noch ein übriges, indem er am Sonnabend vor Pfingsten seinen Arbeitern je einen Zettel mit folgendem Vermerk in die Lohnküte legte: Die Lohnsätze und Arbeitszeiten bleiben in meinem Geschäft wie bisher bestehen (Maurer 42 Pf. pro Stunde). Wer zu diesem nicht arbeiten will, muß Montag aufhören. Fulda, den 3. 6. 1911. Karl Wegner. Die Antwort erhielt Herr Wegner sofort, indem die Sperre über sein Geschäft verhängt wurde. Wir wurden nun bei denjenigen Unternehmern vorstellig, die aus dem Verbande ausgeschieden waren und wir erkannten sie fast alle wieder. Das soziale Verständnis sollte, wie schon so oft, wieder einmal durch Grobheiten ersetzt werden. Nicht einmal sehen wollte man uns, viel weniger hören. Wären diese Gentlemen im Besitze von Hunderten gewesen, man hätte uns diese noch auf den Hals gehetzt. Es mußte also der grobe Keil in Form von Sperten in Anwendung gebracht werden und nach einigen Wochen bequerte man sich auch in Fulda zur Anerkennung des Schiedspruches. Daß ein Unternehmer, den es ebenfalls anging, vor unserem Bureau jückerlich schimpfte, es als Schande und als unchristlich bezeichnete, daß man in Fulda streikte, sei nur nebenbei bemerkt. Die Auffassung dieses Herrn über das Christentum können wir nicht teilen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit gerne anerkennen, daß der damalige Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Fritz, alles aufbot, um dem Schiedsgericht Geltung zu verschaffen. Herr Fritz erntete dabei genau soviel Dank, wie wir, indem ihm seine Kollegen gleich uns als Sozialdemokraten bezeichneten. Genug von dieser Sorte Dankes, legte Herr Fritz den Voris nieder. Seit dieser Zeit ist die Ortsgruppe verwaist und wird erst dann wieder erwachen, wenn wir vor einem neuen Kampf stehen. Die Fuldaer Bewegung brachte uns einige Anklagen, die mit dem Freispruch unserer Kollegen endeten. In Marburg lagen die Verhältnisse ähnlich. Durch Anschlag an den Arbeitsstellen machten die Unternehmer bekannt, daß an den Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben nichts geändert würde. Nach einer 14tägigen Sperre, die über den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes verhängt wurde, gelang es durch Verhandlungen, die durch den Sekretär des Mitteldeutschen geführt wurden, dem Schiedsgericht für Marburg Geltung zu verschaffen. In Coblenz wurde nach längeren Verhandlungen der Vertrag für Maurer und Zimmerer mit einer Lohnsteigerung von 5 Pf. bis zum Jahre 1913 verlängert. Für die Bauhilfsarbeiter wurde zum ersten Male ein Vertrag abgeschlossen, der diesen annehmbare Vorteile brachte. Der Vertrag der Stukkateure wurde ebenfalls mit einer Lohnaufbesserung von 3 Pf. um zwei Jahre verlängert. In Oberlahnstein erhielten die Kollegen im vergangenen Jahre 6 Pf. und in Niederlahnstein 5 Pf. Lohn-erhöhung. Im letzten Orte hätte mehr erreicht werden können, wenn einzelne Kollegen etwas mehr Mut und Verständnis gezeigt hätten. In Frankfurt und Umgebung wurden die Zulage für Fliesenleger, Zementmaler, Maler und Kanalarbeiter ebenfalls erneuert. Auforderverträge sind von den Spezialarbeitern abgelehnt, nicht zustande gekommen.

Die Schlichtungskommissionen und auch das Schiedsgericht mußten wiederholt zusammentreten, um die vorliegenden Streitfälle zu schlichten. Es gehört eben Zeit und auch guter Wille dazu, sich in das Bestehende einzufügen. Die Erledigung dieser Arbeiten erforderte viel Zeit, die für die Agitation verloren ging.

Das Interesse an der Organisation und die Zahl der Mitarbeiter ist im Steigen begriffen, doch bleibt auch hier noch manches nachzuholen. Besonders ist es das Gebiet des Kassenwesens, das noch zu wünschen übrig läßt. Die Kassierer müssen sich damit abfinden, daß 14 Tage nach Quartalschluß, ohne Rücksicht auf etwaige respektierende Mitglieder, ihre Abrechnung eingekandt wird. Dadurch wird dem Zentralkassierer und auch dem Bezirksleiter viel Arbeit erspart, die im Interesse unseres Verbandes besser verwertet werden kann.

Der Versammlungsbesuch war nur teilweise befriedigend. Es gibt leider noch eine ganze Anzahl Kollegen, die nur dann in den Versammlungen zu sehen sind, wenn eine Lohnbewegung vor der Türe steht. Im übrigen kümmern sie sich um nichts. Die Folge ist dann Unwissenheit auf fast allen Gebieten. Ja, es kommt vielfach vor, daß Beschlüsse, selbst solche der Generalversammlung, diesen Kollegen ein Buch mit sieben Siegeln sind. Jedenfalls ein Beweis, daß man nicht nur den Besuch der Versammlungen, sondern auch das Lesen seines Organs unterläßt. Wie sich solche Kollegen als Mitarbeiter bewähren, dürfte einem jeden klar sein.

Die Bildungsbestrebungen sind bessere geworden. Erfreulicherweise sind es fast nur jüngere Kollegen, die sich auf diesem Gebiete betätigen. Dieses soll gegenüber den älteren Kollegen nicht etwa ein Vorwurf darstellen. Wir wollen in dieser Betätigung zu gleicher Zeit die Schmiede zu geistigen Gedanken und zur Weiterentwicklung eines jeden einzelnen sehen, dessen Tätigkeit dann unserer Gesamtbewegung zugute kommt.

Die Beteiligung an den Vorgängen im öffentlichen Leben lasse manches zu wünschen übrig. U. a. trifft dieses auch für die sozialen Wahlen zu. Patten wir doch die Tatsache zu verzeichnen, daß im verflossenen Jahre, gelegentlich der Gewerbegerichtswahlen, eine Anzahl unserer Kollegen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten. Es ist keine ernteliche Tatsache, wenn einerseits eine Steigerung der Mitgliederzahlen, andererseits aber ein Rückgang der abgegebenen Stimmen konstatiert werden muß. Mit Mühe und Not konnten wir noch den alten Bestigand erhalten. Hier ist es die Gleichgültigkeit, welcher der Kampf gelten muß. Die Tätigkeit des Bezirksleiters ist aus nachfolgenden Zahlen ersichtlich: Er nahm Teil an 29 öffentlichen und 72 Mitgliederversammlungen, an 27 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, an 23 Bauhebesitzungen, an 10 Kartellbesitzungen, an 6 Kassenrevisionen, an 31 Verhandlungen und Sitzungen mit den Arbeitgebern, an 9 Lohnkommissions- und 3 Schiedsgerichtssitzungen und an 2 Versammlungen und Sitzungen konfessioneller Vereine.

An Postachen gingen ein: 311 Briefe, 284 Karten, 114 Drucksachen, 24 Geldsendungen, 3 Dankschreiben und 4 Pakete. Dem Stand an Ausgabe gegenüber: 407 Briefe, 224 Postkarten, 322 Drucksachen, 14 Geldsendungen, 71 Telefonangehördrücke, 11 Dankschreiben und 5 Pakete.

Die aufgemachte Arbeit hätte jedenfalls reichlichere Erfolge verdient. Doch ist aus Vorliegendem ersichtlich, wo der Hebel zur Besserung angelegt werden muß. Vor allen Dingen muß die Zahl der Mitarbeiter eine noch größere werden. Neben der Vertreibung der Agitation, muß der harten Plakatur kräftig entgegen gearbeitet werden, erst dann wird es besser werden. Zum Schluß sei allen denjenigen Kollegen, die im verflossenen Jahre an dem Ausbau unserer Organisation im hiesigen Gebiete mitgearbeitet haben, herzlichster Dank ausgesprochen. Gehen wir mit Mut und Ausdauer erneut an unsere Arbeit heran, dann werden uns auch neue Erfolge winken.

Damian Schleicher-Frankfurt a. M., Schmurgasse 73.

Verbandsnachrichten.

(Kurzgefaßte Mitteilungen über die Verhandlungen der Baugewerkschaften in den verschiedenen Bezirken.)

Aubergnach. Die Generalversammlung unserer Verbandsstelle fand am 11. Februar statt. Am stärksten vertreten war die Zahlstelle Saffig. Gar nicht vertreten war die Zahlstelle Gieß. Es darf in der Zukunft nicht mehr vorkommen, daß auf der Generalversammlung Zahlstellen nicht vertreten sind. Die Organisation ist denn doch eine zu ernste Angelegenheit und die Beratungen der Generalversammlung sowie die Vorstandswahl sind für jedes Mitglied wichtig. Bezirksleiter, Kollege Lange, erläuterte zunächst das neue Verbandsstatut. Da noch zwei Zahlstellen die Abrechnungsformulare vom letzten Quartal nicht eingekandt hatten, war der Verbandskassenrevisor nicht in der Lage, den Kassenbericht zu geben. Der Vorsitzende, Kollege Müller, gab einen kurzen Überblick über das vergangene Jahr. Dabei hob er besonders hervor, daß am Schluß des vorigen Jahres die Mitgliederzahl 88 betragen habe. Gegenwärtig betrage die Mitgliederzahl 145. Zahlstellen sind vergrößert in Klaidt, Saffig und Miesenheim, weiter in Kraft, Kidenich und Lohndang. Die Verhandlungen in Obernabig und Rader liefen verlässlich ohne Erfolg. Für Klaidt, Saffig und Miesenheim ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Für Kraft, Kidenich und Lohndang liegt an die Unternehmer Forderungen eingereicht. Die Mitglieder selbst müßten alle mehr arbeiten in der Agitation, vor allem auf der Arbeitstelle. Dann würden auch Erfolge erzielt werden können. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Kollege Lang, erster Vorsitzender; Severin-Hilfsheim, zweiter Vorsitzender; Fritz Kuch, erster Kassierer; Joh. Dusch, zweiter Kassierer; Joh. Müller, erster Schriftführer; Karl Henning, zweiter Schriftführer. Als Nebenamt wurden die Kollegen Dörfling und Gries gewählt. Sodann wurde die Beitragsfrage besprochen. Kollege Lange machte aus, nachdem die Kollegen in der vorherigen Versammlung die Zahlung von 10 Pf. Monatsbeitrag abgelehnt hätten, läme ja nur der künftige Beitrag nach dem Bezirksbeschlusse in Betracht. Der Bezirksbeschlusse lautet, daß jede Zahlstelle mindestens 5 Pf. Monatsbeitrag erheben müsse, sowie daß der Beitrag für die Zahlstellen im Winter 12 Agitationsmarken à 10 Pf. zu betragen habe. Der Tariflohn beträgt in Klaidt, Saffig und Miesenheim 4.80 M. für Jahresarbeiter 3.00 M. Das ist pro Tag 1.00 M. mehr als im Jahre 1907, wo der Verband in Aubergnach eingetriten wurde. Im Aubergnach Bezirk

scheint es aber Kollegen zu geben, die an die Erfolge der Organisation nicht mehr denken. Laut Statut beträgt der Zentralbeitrag bei einem Tagelohn von 4,70 M. 60 Pf., bei einem Tagelohn von 3,70 M. 50 Pf. Dazu komme der Mindestlohnzuschlag von 5 Pf., laut Bezirksbeschlusse vom 5. Juni 1908. Laut § 7, Absatz 11 des Statutes sind die Beschlüsse der Bezirkskonferenzen für sämtliche Zahlstellen und Mitglieder verbindend. Weder das Statut, noch die Bezirkskonferenzbeschlüsse können durch Verwaltungsstellenbeschlüsse geändert werden. Wihin beträgt die Beitragshöhe für Maurer 65 Pf., für Hilfsarbeiter 55 Pf. Die Erhöhung von 15 Pf. sei nur deshalb notwendig, weil voriges Jahr 10 Pf. unter Statut geklebt worden sei. Hätte man voriges Jahr schon statutgemäß geklebt, dann würde die Erhöhung jetzt durch die Steigerung des Lohnes nur 5 Pf. betragen. Die Versammlung war nach dieser Aufklärung damit einverstanden, daß nunmehr den Statuten und dem Bezirksbeschlusse entsprochen werden soll. Hervorgehoben wurde noch, daß durch die Erhöhung des Beitrages ja auch die Unterstützungshöhe steigt, welches besonders nach dem neuen Verbandsstatut von Vorteil ist. Dazu kommt noch die wichtige Neuerung, daß auch während der beitragsfreien Winterzeit ebenfalls laut neuem Statut Krankenunterstützung gewährt wird. Damit die Frauen der Mitglieder hierin aufgeklärt werden, soll bei der ersten Beitragskassierung in allen Orten ein Vorstandsmitglied mit dem Kassierer gehen. Es wurde dann beschlossen, auf der in Koblenz, am 25. Februar, stattfindenden Konferenz, zu erklären, daß Andernach sich an den gemeinsamen Leistungen beteiligen wolle. Die 5 Pf. Vorkassenschlag, sowie die Winteragitationsgelder sollen jetzt, statt nach Berlin, nach Koblenz geschickt werden. Kollege Lange appellierte dann noch an alle Kollegen, sich mehr der Mitarbeit zu widmen, und falls es in Kraft, Kidenich und Lohndang zu Lohnunterschieden kommt, sollten alle Kollegen ein wachsames Auge auf diese Orte haben, damit die vorstehende Lohnbewegung auch hier mit Erfolg zum Abschluß gebracht wird.

Bonn. (Jahresbericht.) Am 11. Februar fand die Ausschußsitzung unserer Verbandsstelle statt. Dieselbe war gut besucht. Es fehlten die Zahlstellen Zppendorf, Lengsdorf und Perjel. Es zeugt nicht von Interesse, wenn bei solchen wichtigen Tagungen Zahlstellen nicht vertreten sind. Wenn da ein Delegierter verhindert ist, dann muß ein Ersatzdelegierter entsandt werden. Der Vorsitzende, Kollege Künz, gab einen Überblick über die Tätigkeit im Berichtsjahre. Im Frühjahr wurde der Kollege Weber aus Brühl für 14 Tage aus der Arbeit genommen. Die Fortschritte, die durch die Bauagitation gemacht wurden, gingen verloren, da es die Zahlstelle Bonn an systematischer Arbeit fehlen ließ. Die in Beuel für den Organisationsgedanken gewonnenen Kollegen gingen infolge dessen wieder verloren. Sie kamen den Genossen zugute, weil diese von der Stadt Bonn aus die Bauagitation systematisch aufnahmen. Gute Fortschritte haben die Zahlstellen Godesberg und Friesdorf gemacht. In Godesberg haben die Kollegen in mehreren Geschäften jetzt so viel Einfluß, daß alles organisiert ist. So müßte es allerorts sein. Zu lange schon haben die Unorganisierten im Bonner Bezirk die Gesamtheit geschädigt und sich vor den notwendigen Opfern für die Organisation, deren Erfolge sie einstreichen, gedrückt. Kollege Künz erinnerte noch an den Tarifabschluß der Stukkateure, der getätigt wurde, nachdem sie sich ebenfalls organisiert hatten. Er mahnte zu fleißiger Mitarbeit. Der Kassierer, Kollege Sager, gab dann den Kassenbericht vom vierten Quartal. Aus seinem ausführlichen Bericht sei das folgende hervorgehoben: Das Jahr 1911 ist als ein gutes zu bezeichnen. Die Bautätigkeit war allgemein gut. Stark gebaut wurde in Godesberg, Beuel und Friesdorf-Hilfshäuser. Die Bauagitation wurde mit teilweiseem Erfolge ausgeführt. Leider ist nicht in allen Orten systematisch gearbeitet worden. In Lengsdorf ist alles vernachlässigt und muß wieder neu aufgebaut werden. In Bonn haben die Maurer und Hilfsarbeiter einen Rückgang zu verzeichnen. Godesberg zählt 79 Mitglieder, Friesdorf 75, Bonn-Süd 38, Stukkateure 25, Zimmerer 15, Geislar 16, Kötigen 10, Zppendorf 8, Bonn 6, Schön-Rheinort 12, Perjel 2, Poppelsdorf 3, Lengsdorf 2, Eubendich 2. Wihin hat die Verbandsstelle 274 Mitglieder. Die doppelte Zahl wäre vorhanden, wenn an allen Orten mehr Energie in der Agitation gezeigt worden wäre. Neu gegründet wurden die Zahlstellen der Zimmerer (in Bonn-Süd), der Stukkateure, Korbeldecker und Kötigen. Im Frühjahr wurde an 72 Unternehmern ein Schreiben gerichtet, in welchem auf die Erhöhung des Tariflohnes um 20 Pf. und die Durchführung der Tarifbestimmungen hingewiesen wurde. Jedem Schreiben war ein Exemplar des Tarifvertrages beigelegt. Dieses hat günstig auf die Durchführung des Tarifvertrages gewirkt. Rünzmal trat die Schlichtungskommission zusammen. Einmal handelte es sich um den Antrag der Unternehmer wegen Verhandlungen über den Abschluß eines Akkordvertrages, welcher untererlei abgelehnt wurde. Diesmal handelte es sich um Lohnunterschieden. Die meisten Lohnunterschieden kamen bei denjenigen Unternehmern vor, wo die Mehrheit der Bauarbeiter nicht organisiert ist. Der Kassenbericht zeigte folgendes Bild. Es wurden verkauft: 206 Eintrittsmarken, 9 Beitragsmarken zu 45, 169 zu 50, 1738 zu 55, 6723 zu 65, 230 Arbeitslosenmarken, 2100 Agitationsmarken zu 10, 50 Jugendmarken, 544 Solafondsmarken zu 10 Pf. Der durchschnittliche Markenverkauf beträgt, wenn wir 20 Mitglieder annehmen, 35/10 Beitragsmarken. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 5152,36 M. Die Ausgabe: Rechtschutz 4,40 M., Krankenunterstützung 97,85 M., Saniprater Kammern und Lohnbewegung der Stukkateure 219,21 M., Summa der Ausgaben 331,28 M. Die Einnahme der Solafonds betrug 1121,94 M. Die Ausgabe: Für Hauskassierung 378,94 M., Rechtschutz 81,26 M., Drucksachen 13,15 M. und Verbandsbibliothek 163,76 M. Für Bibliothek 12,50 M., Unterstützung in Bonn 41 M., Kartellbeiträge

28,35 M., sonstige Ausgaben 116,96 M. Die Gesamtausgabe beträgt 836,12 M. Die Einnahme der gemeinsamen Verbandsstellenklasse einschließlich des Bestandes beträgt 324,11 M. Die Ausgabe 264,31 M. Wihin Bestand 59,80 M. Der Bestand der Solafonds betrug 284,35 M. Davon entfallen auf die Solafonds Friesdorf 71,02 M., Stukkateure 63,09 M., Keissenich 40,51 M., Godesberg 17,87 M., Geislar 8,93 M., Zimmerer 7,02 M., Poppelsdorf 6,58 M., Zppendorf 4,80 M., Kötigen 2,67 M., Perjel 2,06 M. In der gemeinsamen Kasse 59,80 M. Im Anschluß an den Kassenbericht wies Kollege Sager noch darauf hin, daß laut Statut die Arbeitslosenmarken nicht mehr von dem Kassierer, sondern von den Zahlstellenkassierern geklebt werden müssen. Des Weiteren ermahnte er die Zahlstellenkassierer, doch pünktlich die Abrechnungsformulare einreichen zu wollen, damit auch die Zentrale von ihm die Abrechnung pünktlich erhalten. Auch müßten sämtliche Fragen auf den Abrechnungsformularen ausgefüllt werden. Der Revisor, Kollege Krämmer, erklärte, die Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Dasselbe betonte auch Bezirksleiter, Kollege Lange. Kollege Lange dankte dem Vorstand für seine Tätigkeit. In der Diskussion wurde die umfängliche Tätigkeit ebenfalls anerkannt. Die Vertreter von Bonn, (M. u. S.), erklärten, wieder einige Kollegen gewonnen zu haben. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Fritz Künz, erster Vorsitzender; Nöhnen (Zimmerer), zweiter Vorsitzender; Sager erster und Jamel zweiter Kassierer; Pung erster, Franke (Stukkateur), zweiter Schriftführer; Deberich (Hilfsarbeiter) und Orten als Beisitzer, Krämmer und Müller als Revisoren. Der Punkt Frühjahrsagitation führte zu einer ausgiebigen Aussprache. Kollege Pung wies darauf hin, daß die erfolgreichste und zugleich billigste Agitation von den Kollegen selbst auf der Baustelle zu betreiben sei. Gerade dann müsse energisch eingegriffen werden, wenn Kollegen frisch am Bau anfangen. Jeder trachte auf der Baustelle nach einem kollegialen Verhältnis. Auf allen Baustellen müssen Baudelegierte sein, und diese müssen von allen Kollegen genügend unterstützt werden. Beschlissen wurde, daß ein Kollege auf einige Zeit aus der Arbeit genommen und eine durchgreifende Bauagitation vorgenommen werden soll. Dazu wurde Kollege Pung einstimmig gewählt. Damit das Versammlungswesen systematischer betrieben werden kann, wurde Kollege Jamel bestimmt, rednerisch mitzuwirken. Sowohl Kollege Pung, als auch Kollege Jamel sagten zu und versprachen auch, für die Bauagitation sich zur Verfügung zu stellen. Bezüglich der Beitragshöhe wurde beschlossen, den bisherigen Vorkassenschlag von 10 Pf. beizubehalten und den statutarischen Zentralbeitrag zu zahlen. Der Beitrag beträgt danach im Jahre 1912 für Maurer 75 Pf., für Hilfsarbeiter 65 Pf. Die Zimmerer haben im verflossenen Jahre bereits den richtigen Beitrag gezahlt. Die Stukkateure stehen vor der Lohnbewegung, und richtet sich ihre Beitragshöhe nach dem neuen Tariflohn.

Cöln. (Zimmerer.) Verleumdung und Unehrllichkeit, dein Name ist Zimmerer-Verband. In Nr. 6 des „Zimmerer“ veröffentlicht die Cölnener Zimmerergenossen ihren Jahresbericht. Hierbei wird in unehrlicher Weise über unser Verhalten beim vorjährigen Streit unter anderem folgendes geschrieben: „Schon zwei Tage nach Ausbruch des Kampfes streckten die Christlichen die Waffen. Das tat indes der guten Stimmung unter den Kämpfenden keinen Abbruch.“ — Aber auch kein Wort ist an dem Geschreibsel war. Vielmehr haben wir ohne Ausnahme acht Wochen lang gestreikt, bis der Streit durch Tarifabschluß beendet wurde. Wiederholt haben selbst „freie“ organisierte Zimmerer während und nach dem Streit zum Ausdruck gebracht, daß wir während dem Kampfe unseren Mann gestanden, und daß wir in der Presse die Interessen der Gesellen viel geschickter vertreten hätten, als es in der „Aheimischen-Zeitung“ (dem hiesigen sozialdemokratischen Parteiorgan) seitens ihres Verbandes geschehen sei. Eine Niederträchtigkeit ist es daher, uns jetzt der Unsolldarität zu bezichtigen. Ein Pfui! über eine solche Gesellschaft, die die Ehre ihrer Mitmenschen in solcher Weise zu beschulden wagen. Ein jeder rechtsdenkende Mensch muß sich mit Abscheu von derartigen Beuten abwenden. — Da wir aber gerade nun einmal dabei sind, so wollen wir den Spieß mal umdrehen, und uns das Verhalten der Männer vom „deutschen“ Zimmererverband vor und während dem Streit mal etwas näher ansehen. Die bisherigen Tarife waren zwischen dem Vorstand der Innung und dem Gesellenauschuss verhandelt und getätigt worden. Der jetzige Tarif ist dagegen, nachdem die Innung sich dem Arbeiterverband angeschlossen, zwischen Arbeitgeberverband und den beiderseitigen Gesellenorganisationen abgeschlossen. In der Verhandlungssitzung, die am 27. Dezember stattfand und in der zum ersten Male die Vertreter der Verbände teilnahmen, wurde in allen wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt, und die Mitglieder unseres wie des „freien“ Verbandes gaben dem Verhandlungsergebnis ihre Zustimmung. Da machten die Innungsmitglieder die kolossale Dummheit, indem sie dem Verhandlungsergebnis ihrerseits die Zustimmung verweigerten. Es sollte sonach der Lohn, nicht wie vereinbart um sechs Pfennig während der Tarifdauer (von 65 auf 71 Pf.) sich steigern, sondern nur um 5 Pf., also auf 70 Pf. Interessant hierbei zu erwähnen ist, daß gerade die jetzigen Meister gegen das Verhandlungsergebnis stimmten und wetterten, die, bevor sie selbständig wurden, im „freien“ Verband Vorstandsposten inne hatten. Wir ersuchten den Innungsvorstand hierauf schriftlich um erneute Verhandlungen. Der Altgeselle Wegewitz des „freien“ Verbandes ließ an die Innung ein Schreiben vom Stapel, wie es großartig und konfus nicht gedacht werden kann. Dadurch wurden die weiteren Verhandlungen unmöglich. Es wäre nun jedenfalls dem Vorsitzenden des hiesigen Einigungsamtes ein leichtes gewesen, die Innung dahin zu bringen, den sechsten Pfennig, um den sich der ganze Streit drehte, zu bewilligen. Allein die Männer des „deutschen“ Zimmererverbandes wollten unter keinen

Umständen mit uns den Vorsitzenden des Einigungsamtes hierum eruchen. Dies würde, so sagte immer wieder Bauleiter Jansen, als Schwäche aufgefaßt werden. Als aber der Streik nachher bereits acht Wochen dauerte, da konnte auch Jansen den Weg zum Einigungsamt finden. Da war es keine Schwäche mehr. Denn selbst der Zentralvorsitzende Schrader nahm an den zweitägigen Verhandlungen teil, die dann auch zum Tarifabschluß führten. — Wir waren und sind auch heute noch der bestimmten Überzeugung, daß, wenn die „Freien“ unserem Vorschlag gemäß mit zum Dr. Fuchs gegangen wären, der Streik vermieden worden sei. So aber gingen die Dinge den Weg, den sie jetzt gegangen. Am 20. März fand eine erneute Verhandlungssitzung statt, die aber zu keiner Einigung führten. Die Verhandlungen dauerten bis nach Mitternacht. Nachher wurde in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, am anderen Morgen fünf Geschäfte zu sperren. Entgegen dieser Vereinbarung stellten die „Freien“ am anderen Morgen auf der ganzen Linie die Arbeit ein. Wir beschlossen in einer am 22. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung dann ebenfalls den allgemeinen Streik. Es war nun vereinbart, daß während des Streiks alle wichtigen Schritte von beiden Verbänden gemeinsam beraten würden. Die Herren vom „deutschen“ Zimmererverband kehrten sich hieran nicht, sie machten die tollsten Seitensprünge, und handelten vollständig eigenmächtig. So wurde am 1. Mai im Volkshaus, ohne unser Wissen, mit dem Zimmermeister Blum, den die Arbeiten am Eisenbahndirektionsgebäude und der Rheinbrücke unter den Nägeln brannte, ein Sondervertrag vereinbart. Ob Herr Blum als ehemaliger „Genosse“ bei dieser Gelegenheit etwas zum Mitarbeiterfonds beigetragen hat, ist uns nicht bekannt. Ebenfalls wurden mit mehreren anderen Meistern noch derartige Sonderverträge vereinbart, ohne unser Wissen. Hinzu kam, daß die Mitglieder des „freien“ Bauarbeiterverbandes als auch des „freien“ Schreinerverbandes massenhaft Streikarbeiten ausführten, und so den Kampf erschwerten. Hingegen ist kein derartiger Fall von Maurern und Hilfsarbeitern unseres Verbandes oder auch des christlichen Holzarbeiterverbandes zu verzeichnen gewesen. — Wie Figura zeigt, ist unser Schicks fleckenlos rein aus dem Kampfe hervorgegangen, während bei den Männern vom „deutschen“ Zimmererverband ziemlich viel Dreck am Stecken kleben blieb. Das Resultat des Streikes ist, daß nunmehr wieder sechs Pfennig Lohnerhöhung zugewilligt wurden. Um 1 Pf. wurden also volle acht Wochen gestreikt und tausende von Mark, Schweißgroschen der Gesellen, verpulvert. Der Streik mußte jedoch geführt werden. Nicht, weil das Interesse der Gesellen es erforderte, sondern weil die Genossen es nicht anders wollten. Viktor Jansen, dem die Bekämpfung der Christlichen ja mehr schon Hauptsache ist, und seine Mannen wollten mal sehen, ob die Christlichen auch aus den Geschäften gingen. Waren doch mehrere unserer Mitglieder schon 25 Jahre und länger, einer sogar 36 Jahre, bei einem Meister tätig. Die Kollegen haben jedoch, wie alle anderen, getreulich mitgestreikt. Trotzdem wird nun solche Lügenmär verbreitet. Diese Dinge zeigen uns aber wieder so recht, wie notwendig es ist, hier in Köln unsere Mitgliederzahl und somit unseren Einfluß zu vermehren, damit wir in Zukunft mehr noch als bisher die wahren Interessen der Zimmerer Kölns wahren, und solche Doppelpassigkeiten, wie es die vorjährigen waren, verhindern können.

Duderstadt. In Nr. 7 des „Grundstein“ sucht ein Genosse den Aufschwung des roten Bauarbeiterverbandes hier am Orte zu schildern, von 12 will man auf 90 Mitglieder gestiegen sein. Unergründliche könnten hiernach annehmen, als ob wir halb von der Bildfläche verschwunden seien. Nach den großen Bränden im vergangenen Sommer entwickelte sich hier am Orte eine sich überschätzende Konjunktur. Es ist ganz klar, daß dadurch viel Bauarbeiter zugereist kamen, daß besonders viele die Gelegenheit benutzen wollten, für kurze Zeit in der Nähe der Heimat zu arbeiten. Besonders bemühten sich die Genossen, recht viele ihrer Getreuen heranzuziehen, sogar mit „Schlipf“ wurden wir beglückt. Daher wuchs auch die Zahl der Genossen. Aber in den 90 haben sie wohl alle die mitgezählt, welche diesen Sommer durch ihre Listen gegangen sind, oder sie zählen alle die, welche im Winter im Kreise Duderstadt zu Hause sind. Wir haben unsere Mitgliederzahl in diesem Jahre um zirka 100 gesteigert, hatten wir doch allein 84 Neuaufnahmen zu verzeichnen, ein Zeichen, daß wir auf dem Posten gewesen sind. Weiter ereizt sich der Schreiber darüber, daß bei der Lohnbewegung im vergangenen Frühjahr nicht genügend erzielt sei, auch wir hätten gerne gesehen, daß mehr erreicht worden wäre. Daran sind aber nicht die Christlichen schuld, wie es in dem Bericht heißt, sondern die schlechte Konjunktur, die in diesem Frühjahr hier vorhanden war. Der Schreiber scheint da noch nicht hier gewesen zu sein, sonst hätte er wissen müssen, daß gerade der Ergauleiter Busse, sowie der damalige Vertrauensmann Kachel, am ersten und am stärksten für die Annahme des Tarifes in der gemeinsamen Versammlung eingetreten sind. Würden wir in Duderstadt eine bessere Konjunktur gehabt haben, so würden wir auch mehr erzielt haben, aber man möchte uns ja gerne etwas anhängen. Wenn der Schreiber weiter in seinem Artikel meint, daß unsere Kollegen nur Zwangsmitglieder seien und kein Rückgrat hätten, so empfehlen wir ihm den Artikel „Blüten am Baume der Organisation“ in Nr. 39 des „Grundstein“ von 1911 zu lesen, dort findet er, wo Leute sind, die das Rückgrat in gewerkschaftlichen und kollegialen Betragen gestärkt haben müßten. Wir raten den Genossen, dort Hand anzulegen, wir werden allein wissen, was wir zu tun haben.

Düsseldorf. (Jahresbericht.) Seit den letzten fünf Jahren war hier die Bautätigkeit nicht so umfangreich wie im verflossenen Jahre. Dieses mag wohl auf die Einkünfte der Vororte zu Groß-Düsseldorf zurückzuführen sein. Es wurden 892 Wohngebäude mit 4538 Wohnungen errichtet. Dadurch wurden 17242 Wohn-

räume mehr geschaffen. Nach einer Zählung am 1. Dezember 1910 durch das statistische Amt wurden in Groß-Düsseldorf 65 000 Wohnungen gezählt. Der Mietaufwand der Einwohner Düsseldorfs beträgt etwa 46 Mill. M im Jahr. Die flotte Bautätigkeit übte auch einen nicht geringen Einfluß auf die Organisationen aus. Fast im ganzen Jahre war Mangel an Arbeitskräften. Bewegungen größerer Art waren nicht notwendig. Die Stufenleiter und Buher schlossen zu Beginn des Jahres einen neuen Vertrag ab, welcher 109 Affordpositionen enthält. Der Stundenlohn wurde um 5 und 6 Pf. insgesamt erhöht. Viele Schlichtungskommissionssitzungen waren jedoch später notwendig, weil sich allerlei Schwierigkeiten durch die vielartige Affordarbeit ergaben. Im übrigen Baugewerbe bestanden durchweg Verträge, so daß man sich mehr der Agitation und dem inneren Ausbau der Organisation widmen konnte. Mit Genugtuung wollen wir hervorheben, daß mit verschwindenden Ausnahmen die Tarifhöhe gezahlt wurden. Uchzehn Streitfälle, die meistens durch unrechtmäßige Entlassung oder Nichtzahlung von Ueberstundenzuschlägen sich ergaben, wurden im Schlichtungswege erledigt. Der Zimmerervertrag läuft am 31. März d. J. ab und werden die Verhandlungen zwecks Erneuerung in der nächsten Zeit beginnen. Die Mitgliederbewegung war lebhaft. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 447. Von den Vertrauensmännern erhielten 20 die von der Zentrale zu erklarten Prämien. Wenn der Mitgliederstand nicht über 812 hinausging, so ist das auf die Zahlstelle Neus zurückzuführen. Dort sind wieder eine Anzahl verloren gegangen, weil der Vorstand nicht eifrig mitgearbeitet hat. Besonders in den ungelerten Berufen ist die Fluktuation zu groß. Aus anderen Verbänden sind 41 übergetreten. Gestorben sind vier Kollegen. Mitgliederbereinigungen wurden 78, Vertrauensmännerbereinigungen 14, Ausschüßsitzungen 4 und Vorstandssitzungen 19 abgehalten. In den Versammlungen wurden, teils durch den Lokalbeamten, teils durch andere Referenten beherrschende Vorträge gehalten. Große Aufmerksamkeit wurde dem Arbeitsnachweis gewidmet. Offene Stellen wurden 854 gemeldet. 170 Kollegen fanden auf diese Weise Beschäftigung. Während sich die Arbeitslosen früher selten meldeten, haben sie jetzt die Einrichtung schätzen gelernt. In Rechtschutzangelegenheiten wurde das Bureau in 42 Fällen in Anspruch genommen. An Geldgewinn wurden 431,18 M erzielt. Der schriftliche Verkehr war ebenfalls sehr lebhaft. Eingegangen sind 214 Karten, 364 Briefe und Drucksachen, 32 Ferngespräche und Telegramme. Ausgegangen sind 442 Briefe, 158 Postkarten, 1638 Drucksachen, 57 Ferngespräche und Telegramme. Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist nicht sehr erfreulich. Verschiedene unserer Kollegen wurden einige Male aus der Arbeit gedrängt. In drei Fällen erfolgte Anzeige. Zwei „Genossen“ wurden zu je drei Tagen Gefängnis und zwei wegen Mißhandlung zu 12 bzw. 30 M Geldstrafe verurteilt. Der Kassenbericht schließt in Ein- und Ausgabe mit 19 197,56 M ab. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle, welche am 15. Februar stattfand, nahm den Geschäftsbericht mit Verteidigung entgegen. Erwähnenswert sind noch die Ausgaben für Unterstützungswecke. So wurden an Krankenunterstützung 817,70 M, an Sterbeunterstützung 208 M, Rechtschutz 240,49 M gezahlt. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurden 147,61 M gezahlt. Zur Tagesordnung stand ferner: Abrechnung vom 4. Quartal, Beitragsregelung zum 1. März, Frühjahrssagitation, Vorstandswahl und Beschlußfassung über die seitige Unterstützung Militärtätigkeit durch die Lokalfasse. Zunächst teilte Kollege Meister mit, daß die Studentenferienkurse im März wieder beginnen, und zwar in Deutsch, Rechnen und Geographie. Die Kollegen haben Gelegenheit, ihr Wissen zu bereichern. Ferner wurde bekanntgegeben, daß zureisende Kollegen im Paulushaus übernachten können. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab folgendes Bild: Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse 4962,35 M, Einnahme der Lokalfasse 3643,93 M, Ausgabe 1651,88 M, Kassenbestand für das nächste Quartal 1992,05 M. Bezüglich der Frühjahrssagitation wurde beschlossen, den Kollegen Gust. Vollmann (Stoffateur) in den Monaten März und April aus der Arbeit zu nehmen, um in der Agitation tätig sein zu können. Die Bureauhelfer sind jetzt von morgens 9—10 Uhr und abends von 6 Uhr ab. Auf diese Weise bleibt Gelegenheit, die Agitation in der Umgegend betreiben zu können. Die Militärunterstützung für eingezogene Mitglieder seitens der Lokalfasse wurde fallen gelassen. Dagegen sollen in Zukunft die kranken Mitglieder besser bedacht werden. Die Beitragsfrage fand durch das Statut ihre Erledigung. Der alte Verwaltungsstellen-Vorstand wurde mit einer kleinen Aenderung vollzählig wiedergewählt. Der Vorsitzende, Koll. Meister, dankte allen Delegierten und Vertrauensmännern für die fleißige und treue Mitarbeit im verflossenen Jahre und ermahnte sie, auch fernerhin für unsere hohen und edlen Ziele ihre volle Kraft einzusetzen. Unsere Zeit brauche nicht nur Männer, sondern ganze Männer. Die Generalversammlung, der auch der Bezirksleiter beizuhönte, fand nach 12 Uhr ihren Abschluß.

Essen. (Jahresbericht.) Während im Jahre 1910 in unserer Verwaltungsstelle im allgemeinen eine gute Konjunktur vorhanden war, können wir vom Jahr 1911 nicht gleich befriedigend berichten. Besonders die private Bautätigkeit ließ erheblich nach. In den Sandorten war die Konjunktur allgemein schlecht zu nennen. Dieses beeinflusste unser Organisationsverhältnis ungünstig, wir erreichten nicht, was wir gehofft hatten. Durchschmittlich waren an Mitgliedern vorhanden: 1908 1873, 1909 1954, 1910 2144, 1911 2311 Mitglieder. Die Zahl der aufgenommenen Mitglieder betrug im Jahre 1908 921, 1909 1122, 1910 1431, 1911 1669. Davon von anderen Organisationen zu uns übergetreten 363 Kollegen. Am Schluß des Berichtsjahres konnten wir zu unserer Zufriedenheit die Wahrnehmung machen, daß in jeder Zahlstelle ein Stamm intelligenter Kollegen als ständige Mitglieder vorhanden ist. Die Organisierung der jugendlichen Kollegen wurde tüchtig betrieben und

eine große Anzahl junger Kollegen gewonnen. Die Jahreseinnahme betrug: 1908 58 010,18 M, 1909 70 047,80 M, 1910 104 410,10 M, 1911 85 599,88 M. In der Einnahme vom Jahre 1910 liegen die Extra- und Zuschlagsbeiträge. An Unterstützungen innerhalb der letzten Jahre wurden für unsere Kollegen von der Zentralkasse verausgabt: a) Rechtschutz: 1908 129,43, 1909 248,50, 1910 82, 1911 13,25 M, insgesamt 463,68 M. c) Streikunterstützung: 1908 1143,25, 1909 1978,40, 1910 1927,60, 1911 2588,34 M, insgesamt 7457,59 M. e) Streikunterstützung: 1908 3448,45, 1909 38,65, 1910 18 571,03, 1911 14 M, insgesamt 22 072,13 M. d) Inhaft., Gemäßig.-Unterstützung: 1908 4,35, 1909 68,80, 1910 87,80, 1911 23,35 M, insgesamt 184,30 M. e) Für terrorisierte Kollegen wurden verausgabt 1910 226,11 M. f) Sterbeunterstützung: 1908 1846,50 M. Insgesamt an Unterstützungen 32 439,81 M. Ueber die Tätigkeit des Rechtschutzwesens können wir berichten, daß in den Jahren 1908 1015,72, 1909 657,70, 1910 2030,41, 1911 5789,48 M, eine Gesamtsumme von 9486,31 M für die in Frage kommenden Kollegen herausgeschlagen wurde. Im letztgenannten Jahre 1911 wurden 336 Schriftstücke angefertigt. Davon waren 107 Gewerbegerichtsklagen. Mündliche Auskünfte wurden 23 erteilt. Durch Vorstelligwerden und persönliches Verhandeln wurde in 88 Fällen die Summe von 2972,28 M für die Kollegen erzielt. Von den Gewerbegerichtsklagen hatten die Kollegen einen Erfolg von 2295,99 M. In 15 Fällen waren die Arbeitgeber unpfändbar, wofür ein Betrag von 570,39 M für die Kollegen in Frage kam. Bei Lohnzahlungsdifferenzen hatten die Kollegen durch Vorstelligwerden der Beamten einen Erfolg von 521,21 M. Aus den angeführten Zahlen geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie regenreich die Tätigkeit unseres Verbandes auch auf diesem Gebiete war. Der Arbeitsnachweis wurde in 432 Fällen von den Arbeitgebern in Anspruch genommen. Unseren Kollegen konnte zu einem großen Teil Arbeit nachgewiesen werden. Da für alle Orte unserer Verwaltungsstelle der abgeschlossene Tarifvertrag in Frage kommt, brauchen im Privatbaugewerbe Bewegungen nicht geführt zu werden. Auf Grund der vertraglichen Bestimmungen (Lohnerhöhung) versuchten unsere Kollegen an den Zechen und Fabriken Vorteile zu erringen. Auf einigen Zechen hatten unsere Kollegen Erfolg. Bei der Firma Krupp erzielten unsere Kollegen eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde, so daß jetzt in den dortigen Feuerbetrieben ein Stundenlohn von 58 1/2 Pf. gezahlt wird. Außerdem wird für heiße Arbeiten eine Vergütung von 40 Pf. pro Schicht gewährt. Im Baufach der Kruppischen Fabrik sind die Organisationsverhältnisse als schlecht zu bezeichnen; aber auch hier wurde durch systematisches Arbeiten der Organisierten der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Unsere Kollegen auf Zeche Sälzer-Neuad (Reparatur, Bergschäden) haben einen Durchschnittslohn von 56 1/2 Pf., welcher im Berichtsjahre erzielt wurde. Auch hier muß noch manches erkämpft werden. Hoffen wir, daß recht bald der Teil der dortigen unorganisierten Bauarbeiter zur Einsicht kommt. Der Bauarbeiter-schutz liegt in allen Orten unserer Verwaltungsstelle noch sehr im argen, obwohl schon sehr vieles in diesem Punkte von unserer Organisation geklärt worden ist. Bei einer in den Tagen vom 20. bis 23. September aufgenommenen Statistik, die sich über sämtliche Orte der Verwaltungsstelle erstreckte, machte man die Wahrnehmung, daß die Unfallverhütungsmaßnahmen allenthalben nur mangelhaft durchgeführt wurden. Abdeckung, Verbandskästen, Baubanden waren als schlecht zu bezeichnen. Der Ruf nach Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand ist da gewiß nicht unbedeutend und muß immer und immer wieder erneut erhoben werden. Mögen unsere Kollegen in diesem Punkte auf der Hut sein und alle vorkommenden Mißstände — (Unglücksfälle) — bei der Organisation früh genug melden, damit nach dem Rechten gesehen und Abhilfe geschaffen werden kann. Im Berichtsjahre wurden von den Beamten 152 Mitglieder- und sechs öffentliche Versammlungen abgehalten. Von den Beamten wurden ferner 101 Vorstands-, Vertrauensmänner-, Baudelegierten-, Baustellen-, Schlichtungskommissions- und Einigungsamtsitzungen besucht. Ebenso wie der mündliche war auch der schriftliche Verkehr ein reger. Es gingen aus 499 Karten, 387 Briefe, 1026 Drucksachen, 27 Geldsendungen, 66 Pakete, 234 Karten, 261 Briefe, 83 Drucksachen, 2 Depeschen und 7 Postanweisungen gingen ein. Das verflossene Jahr hat wohl manchen Kollegen enttäuscht; viele haben nicht das erreicht, was sie wollten. Die flauere Bautätigkeit begründet dies von selbst. Was die Aussichten der Bautätigkeit in diesem Jahre anbelangt, so wird dieselbe aller Voraussicht nach in einzelnen Orten besser werden. Anfänge hierzu zeigen sich schon allenthalben. Hoffen wir, daß unsere Mündlichen diesbezüglich in Erfüllung gehen. Unseren Dank allen denjenigen Kollegen, die im vergangenen Jahre an dem Ausbau unserer Organisation in der Verwaltungsstelle mitgewirkt haben. Mögen sich dieselben auch in diesem Jahre als wackere Streiter und Mitkämpfer zeigen. Mag auch in Zukunft die Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, Beamten und alle anderen Mitglieder das Band wahrer Solidarität immer fester umschließen. Dann werden wir gar baldigst die noch fernstehenden Kollegen gewonnen haben. Die Gewinnung neuer Mitglieder muß vor allem in den Vordergrund treten, denn wer die Massen hat, der hat die Macht. Vorwärts sei unsere Parole.

Königsberg. Die Nr. 1 der Baugewerkschaft brachte unter Königsberg einen Bericht unter dem Stichwort: „Sozialdemokratische Brüderlichkeit und Gemeininn“. In der Nr. 4 des Grundstein wird in einer fast paltenlangen Entgegnung versucht, die Behauptungen unseres Berichtes zu entkräften. Sie lägen wie die Teufel — fängt der Grundstein an und schreibt weiter, die „Baugewerkschaft“ bringt in ihrer Nr. 1 unter dem Titel: „Sozialdemokratische Brüderlichkeit und Gemeininn“ einen Bericht aus Königsberg, der von Verleumdungen und Entstellungen nur so wimmelt.“ Leider habe ich durch verschiedene Um-

hände, Wechsel der Stellung, längere Reisen usw., erst jetzt die Möglichkeit und Gelegenheit, auf die Entgegnung des Grundstein zu antworten. Gewiß ist es richtig, daß es von Verleumdungen und Entstellungen nur so wimmelt; aber wo? Das ist die Frage. Wer mit den Tatsachen vertraut ist, — und diese sind in aller Knappheit in der Nr. 1 der „Baugewerkschaft“ geschildert —, und dann dem die Schreibart des „Grundstein“ gegenüberhält, der muß einfach zu der Ansicht kommen, daß es bei dem „Grundstein“-Schreiber von Verleumdungen und Entstellungen wimmelt, wie in einem Ameisenhaufen. Weil wir mußten, mit wem wir es zu tun hatten, sind wir besonders vorsichtig gewesen und die Telefongespräche haben in Bezug gegenwärtig häufig gefunden. Tatsache ist, daß von den in Betracht kommenden Kollegen nicht nur der christlich-organisierte, sondern auch der sozialdemokratisch-organisierte zu unserem Verbandsbureau kam. Tatsache ist ferner, daß dieser vorher auf dem sozialdemokratischen Verbandsbureau, nach eigener Aussage gewesen ist. Tatsache ist, daß ich, unter Zeugen Gegenwart, am Telefon Herrn Krieze zu sprechen wünschte. Krieze war nicht anwesend und so beantragte ich bei dem freigestellten Funktionär des sozialdemokratischen Verbandes, Krajewski, eine Sitzung mit den sechs Papern. Tatsache ist, daß Krajewski sich annehmbar äußerte, aber die Entscheidung in die Hände Kriezes legte und nur empfahl, später noch mal anzukommen. Dies geschah, wiederum unter Zeugen Gegenwart, und Krieze entgegnete, mit dem Weihnachtsmeyer Mitglied — jeze ich mich nicht an einen Tisch. Wir waren so entgegenkommend, auch die Wahl des Sitzungsortes dem Krieze zu überlassen. Tatsache ist ferner, daß Nordwig und Nikolaus, vom sozialdemokratischen Verband, Abschlagszahlungen und Restsummen abgehoben, aber diese nicht gerecht zur Verteilung brachten. Dies ist nicht nur aus den Büchern des Herrn Gusein zu ersehen, sondern auch am 20. Dezember durch Beurteilung des Herrn „Genossen“, am Gewerkegericht festgestellt worden. Tatsache ist, daß selbst sozialdemokratisch organisierte Rat und Beistand auf unserem Bureau suchten und fanden, und auch zur Vertretung am Gewerkegericht den christlich-organisierten Kollegen bevollmächtigten. Da heißt keine Maus einen Faden ab und wir haben Beweise für unsere Behauptungen — „Freund“ Krieze. — In der Nr. 5 der „Baugewerkschaft“ wird eine von Krieze eingesandte „Berichtigung“ gebracht. Ob Herr Krieze weiß, was Berichtigung heißt, daran muß billigerweise nach der gebrauchten „Berichtigung“ geurteilt werden. Ich möchte Herrn Krieze freundlichst bitten, doch mal den Bericht „Baugewerkschaft“ Nr. 1) durchzulesen, wo das Wort Rechtschreib verzeichnet ist. Es ist bombastisch, daß die geschilderten Vorgänge genau den Tatsachen entsprechend in der Nr. 1 wie auch im Vorhergehenden gebracht sind. Krieze, der es als seine Generalarbeit betrachtet, hinter den christlich organisierten herzuwippen, um ihre Organisation zu verächteln, wird von dieser Arbeit so in Anspruch genommen, daß ihm zur Lösung, Vorgänge tatsächlich zu spät kommen, wenig Zeit übrig bleibt. Im übrigen bin ich Herrn Krieze dankbar für seine „Berichtigung“ und freue mich, somit doch Gelegenheit gehabt zu haben, nochmals auf die Sache zurückzukommen.

Oberhausen (250). Am Sonntag, den 4. Februar, fand hier unsere regelmäßige Verwaltungsstellen-Ausschreibung statt. Bezüglich aller Jahressellen, außer Dinstaken, Oberfeld und Süderfeld. Dem Kassenerbericht für das letzte Quartal sowie dem des Jahres 1911 ist folgendes zu entnehmen: Bezahlt wurden im letzten Quartal 4536 Beitragsmarken, 1003 Winterbeiträge- oder Agitationsmarken und 52 Eintrittsmarken. Die Gesamtsumme im Quartal betrug für die Hauptkasse 5595,63 M. Die Ausgabe für Krankenerhaltung 208,5 M., an die Hauptkasse wurden eingezahlt 2325,78 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal 1807,18 M. Die Ausgaben 1007,88 M. Es verbleibt ein Kassenbestand von 799,30 M. Ausgenommen wurden im vierten Quartal 52 Mitglieder, was von dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband waren 8 Kollegen zu uns über. Dem Jahresabschlussbericht ist zu entnehmen: Bezahlt wurden im Jahre 1911 490 Eintrittsmarken, 1753 Beitragsmarken und 2975 Agitations- und Wintermarken. Die Gesamtsumme ist der Verwaltungsstelle beträgt 11148,20 M. Davon entfallen auf die Hauptkasse 9489,06 M. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug 440 M. In die Hauptkasse eingezahlt sind 958,06 M. Die Gesamtsumme der Lokalkasse war 4643,14 M. Die Gesamtsumme 3649,82 M. Es sei weiter erwähnt, daß jetzt der Jahresbericht ist ein neues Kapitel der Mitgliederzahl und damit die Stärkung unserer Organisation zu verzeichnen. Neu aufgenommen wurden 490 und aus dem sozialdemokratischen Verband traten 41 Kollegen zu uns über. Auch gewonnen wir eine Anzahl jugendlicher Kollegen für unsere Sache und konnten sie in die Organisation einziehen. Neu gegründet wurde in Sertrade die Jahressellen der Ortsgruppe. Oberhausen wurden im Laufe des Jahres 200 Mitglieder aufgenommen, 2 öffentliche Versammlungen, 56 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen mit 4 Sitzungen des Verwaltungsstellen-Ausschusses. Zur Durchführung des Leinwand- und Wollschaffens der Ortsgruppe fanden 7 Schickungs-Konferenzen statt. Nicht so genau mit der Durchführung der allgemeinen Lehrschickung schienen es die Unternehmern, was zeigte sich bei mehreren erst sechs und sieben. Bei einem unserer wir erst die Arbeit einrichten, um zu weiteren Schritten zu kommen. — Lebensbewegungen haben wir drei gehabt: bei der Statuten- und Oberhausen und Sertrade, und bei der Bauern und Bauarbeiter. — In Sertrade wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — In Oberhausen waren für die Kollegen eintraglich. Die Lohn- und ... in Oberhausen mit Ausnahme der Kasser und ... der Lohn- und ... Die Arbeitserleichterung war ... in Sertrade, besonders in der letzten Hälfte der Berichtzeit.

Eine geradezu gute Konjunktur war zu verzeichnen in Metzloch und Dinstaken. Im letzteren Orte jedoch hat die Organisation keine Fortschritte gemacht. Es fehlt dort den Kollegen an der notwendigen Arbeitsfreudigkeit für die Organisation. Viel zu wünschen läßt der Bauarbeiterklub, zu dessen besserer Durchführung mehrfach bei der Baupolizei Schritte unternommen werden mußten. Auf diesem Gebiete ist noch sehr viel zu arbeiten. Rechtschutz wurde in 44 Fällen erteilt und dadurch für die beteiligten Kollegen 364,08 M. erzielt. Einige Fälle sind noch nicht erledigt, während von mehreren Sauerfällen die Erfolge nicht bekannt sind. Alles in allem zeigt uns der Jahresbericht ein erfreuliches Vorwärts unserer Organisation. Für das Jahr 1912 sind die Aussichten auch günstig, und nicht uns eine gute Konjunktur bevor. Der Bau größerer industrieller Werke ist in Angriff genommen, ebenso mehrerer öffentlicher Gebäude. Mögen die Kollegen auf den Baustellen ihre Pflicht tun und für die Stärkung der Organisation werben, dann wird und muß das Jahr 1912 noch weit größere Erfolge für uns bringen. Einige beachtenswerte Hinweise über unsere kommenden Aufgaben gab noch der Kollege Jäschke, besonders hervorhebend, wie die Agitation auf der Baustelle zu betreiben sei. In den Vorhand wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Nikolaus Höber-Oberhausen als erster Vorsitzender, Otto Müller-Oberhausen als Schriftführer und Jäschke-Oberhausen als Kassierer. Einstimmig wurde beschlossen, die Beiträge für das Jahr 1912 um 5 Pf. und im Osterfeld um 10 Pf. zu erhöhen. Einstimmigkeit und Arbeitsfreudigkeit, das war die Signatur unserer Verwaltungsstellenkonferenz. Einstimmigkeit und Arbeitsfreudigkeit soll und muß herrschen bis zum letzten Kollegen. Jeder an seinem Platz und weiter gearbeitet für unsere hehre Sache. Gutes mit jeder Mächtigkeits und Vorgesetzten, nur der eine Gedanke soll und darf uns leiten: Vorwärts, immer vorwärts!

Rimpar. Am 2. Februar hielt unsere Jahressellen Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes ab. Der Vorsitzende Friedrich eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz in Würzburg. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. — Die Kollege Friedrich ausführte, wurde auf der Bezirksversammlung der Beschluss gefasst, die Wochenbeiträge von 65 Pf. auf 70 Pf. zu erhöhen und an Stelle der 15% für die Jahressellenkasse fernerhin nur noch 10% zu belassen und dies den Mitgliedern der einzelnen Jahressellen zu unterbreiten. Die gefassten Beschlüsse wurden von unseren Mitgliedern einstimmig gutgeheißen. Sodann wurde zur Neuwahl geschritten, und wurden durch Stimmentzettel folgende Kollegen in die Vorstandspost gewählt: Edmund Wagenkramer als Vorstand, Jos. Böhr als Kassierer, Sebastian Walter als Schriftführer, Ludwig Schruplein und Balthasar Schmitt als Revisoren. Der neugewählte Vorstand dankte dem vorigen für seine Tätigkeit im Verbande und forderte die Mitglieder auf, tüchtig weiterzuarbeiten, besonders durch Beschaffung von Arbeitsgegenständen die arbeitslosen Kollegen tatkräftig zu unterstützen. Es wurde sodann beschlossen, sobald Kollege Behringer nach Rimpar kommen konnte, eine Versammlung einzuberufen und Kollegen vom freien Verband, die ihrer Gesinnung nach zu uns gehören, dazu einzuladen. Diese Versammlung fand schon am 4. Februar statt. Kollege Behringer behandelte das Thema: „Sind die christlichen Gewerkschaften neutral, und wie verhalten sich die freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie?“ Besonders drastisch beleuchtete er den Neutralitätsschwindel der freien Gewerkschaften, wozu ihm gerade jetzt die starke politische Bewegung reiches Material vor. Auch die Behauptung, die die Sozialdemokratie untererorts immer und immer wieder aufstellen, die christlichen Gewerkschaften wären Zentrumsgewerkschaften und ständen unter kirchlicher Leitung, widerlegte Kollege Behringer klar und schlagend. Daß der Vortrag unseres Kollegen eingeschlagen hat, wird dadurch bewiesen, daß bis jetzt sechs Kollegen zu unserem Verband übergetreten sind und noch verschiedene ihm voraussichtlich beitreten werden. Die beiden gut besuchten Versammlungen und das Schlusswort unseres Vorsitzenden werden auch unsere Mitglieder anspornen, recht eifrig zu agieren und so nach und nach unsere Jahressellen auf die Höhe zu bringen.

Romsthal. Sonntag, den 4. Februar, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenerbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Lauer durch Erheben von den Sigen. Aus dem Jahresbericht, welcher vom Kollegen Ort erstattet wurde, ist zu entnehmen: Es wurden im letzten Jahre 14 Mitglieder aufgenommen. Die Mitgliederzahl betrug gegenwärtig 118, weil aber die meisten Mitglieder im Sommer in Preußen und Westfalen arbeiten, schwankt die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt zwischen 40 und 50. Dem Kassenerbericht gab Kollege Kerfel die Gesamtsumme betrug 1000,20 M. In die Verwaltungsstelle wurden abgeführt 927,07 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: erster Vorsitzender A. Ott, zweiter A. Platz; erster Kassierer A. Kerfel, zweiter K. Schmitt; erster Schriftführer Weinweber, zweiter Karl Bös. Als Revisoren wurden gewählt Jos. Korn und Jos. Bellinger; zu Honorarleitern Jos. Jödel und Kossian Schmitt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprochen, nach besten Kräften für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen. — Unter „Verschiedenes“ wurde mitgeteilt, daß sich in diesem Jahre der Wochenbeitrag von 75 auf 80 Pf. erhöhe. Kollege Gias forderte die Kollegen auf, sich hier dem Kath. Arbeiterverein anzuschließen, denn jeder christliche Gewerkschaftler müsse Mitglied eines katholischen Arbeitervereins sein, und untergeordnet müssen wir in den Arbeitervereinen auch dahin wirken, daß alle Mitglieder des Arbeitervereins auch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind. Denn nur durch das harmonische Zusammenwirken von beiden Korporationen werde die christliche Arbeiterbewegung vervollständigt und ihre geordnete Fortentwicklung ermöglicht. Nach Erledigung

einiger geschäftlicher Angelegenheiten erwähnte der Vorsitzende nochmals alle Kollegen, treu zur Fahne der christlichen Gewerkschaften zu stehen, und schloß mit einem dreifachen Hoch die Versammlung.

Trier. (Jahresbericht.) Die am 11. Februar tagende Jahressellenversammlung gab Zeichen neuer Belebung und innerer Festigung. Aus dem Bericht ergab sich, daß auch die Verwaltungsstelle Trier an dem allgemeinen Aufschwung unseres Verbandes teilgenommen hat. Dadurch konnte auch dem schon lang gehegten Wunsch der Kollegen auf Anstellung eines Beamten Rechnung getragen werden. Durch treue Mitarbeit ist es gelungen, die Mitgliederzahl von 326 am Jahreschluss 1910 auf 520 bis Jahreschluss 1911 zu bringen. Das bedeutet eine Zunahme von 194 Mitgliedern. Neuaufgenommen wurden 374, von den sozialdemokratischen Verbänden sind 25 Uebertritte mit vollen Rechten zu verzeichnen. Von den somit 399 Eingetretenen konnte nur die Hälfte gehalten werden. Diese Wunde muß in diesem Jahre geheilt werden. Unsere Hauptaufgabe muß sein, den Fahnenflüchtigen den Gedanken beizubringen, daß, wenn sie auch Trier wieder verlassen und in die Weinberge gehen oder sonst Beschäftigung annehmen, dennoch die Pflicht haben, dem Verbands treu zu bleiben. Es fanden im Jahre 1911 statt: 91 Mitgliederversammlungen, 8 öffentliche, 54 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen. Der Versammlungsbesuch ist, von einigen Orten abgesehen, allgemein schlecht zu nennen. Die Auffassung, daß mit dem Beitragszahlen die Pflicht der Organisation gegenüber erfüllt sei, ist noch zu weit verbreitet. Die Fragen unserer Wirtschaftspolitik und der sozialen Gesetzgebung erfordern von uns, daß auch wir als Arbeiter sie kennen. Da sind uns die Versammlungen der beste Lehrmeister. Der Bauarbeiterklub liegt auch hier noch sehr im Argen. Besonders sind es die Baububen und Aborte, die man auf manchen Baustellen entweder gar nicht kennt, oder wo solche vorgefunden werden, dienen sie wohl zu allem andern, nur nicht als Aufenthaltsraum für Arbeiter. Wie sich die Unternehmer die Abstellung dieser Mißstände denken, beweist folgendes Beispiel: Als diesen Herbst Kollege Baquis einen Unternehmer zwecks Verbesserung der Baubude und des Abortes anging, empfahl dieser nächsten Tages seinen Arbeitern folgendes: „Wenn der Kerl wieder auf die Baustelle kommt, dann nehmt den Gerüstheber und schlagt ihn zum Bau hin aus.“ Wohl über übel werden die Herren auch diese Mißstände zu beseitigen gerufen, und zwar ohne Gerüstheber. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in der Stadt und den Vororten für alle Verufe tariflich geregelt. Für die Stukkateure mußte zur Erneuerung des Vertrages ein dreimonatlicher Kampf geführt werden. 5 Pf. Lohn-erhöhung und Erhöhung der üblichen Zuschläge war der Erfolg. Die Durchführung der Verträge läßt bei einigen Unternehmern, und zwar bei jüngeren Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes viel zu wünschen übrig. Unsere Kollegen müssen in solchen Fällen sofort Protest bei den Unternehmern erheben und auch der Verwaltungsstellenleitung sofort Kenntnis geben. Was die Agitation anbelangt, so ist eine Verbesserung schon eingetreten. Die einzelnen Verufe müssen sich aber noch mehr gegenseitig unterstützen. Wir müssen bedenken, daß wir eine einheitliche Organisation haben, und daher jeder die Pflicht hat, für deren Stärkung Sorge zu tragen, gleichviel, ob er speziell dem Verufe angehört oder nicht. Was die gegenwärtige Agitation anbelangt, so kann die des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes nicht als anständig bezeichnet werden. Besonders nach dem Stukkateurstreit glaubte der Gauleiter des roten Bauarbeiterverbandes, der Genosse Muth, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, um den Christlichen das Lebenslicht auszublauen. Ein ekelhaftes Flugblatt gegen unseren Bezirksleiter sollte den Zweck erreichen. Dieses Flugblatt zu schreiben, kostete Muth 200 M., eventl. 40 Tage zum Nachdenken, ohne die Gerichtskosten. Charakteristisch für Muth ist ein Gerüchtnis, das er vor Gericht machte. Als ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam machte, seine Verurteilung zurückziehen, da er an einer Bestrafung nicht vorbeikomme, meinte Muth in seiner Verlegenheit: „In dem Flugblatt sei doch nur die Sprache der Arbeiter geführt und er sei auch nicht mehr als Arbeiter.“ Na, wenn diese Sprache unter den Genossen üblich ist, haben wir nichts dagegen. Das muß Muth wissen. Die Trierer Bauarbeiter wissen jedenfalls, daß eine andere Sprache und andere Führer sie aus ihren schlechten Verhältnissen befreien werden. Und diesen gebührt der Dank und auch das Vertrauen. Einen erfreulichen Fortschritt zeigen die Kassenverhältnisse. Die Gesamtsumme betrug 10 709,37 M. Gegenüber dem Jahre 1910 ist dies ein Mehr von 3 585,77 M. Die Ausgaben für die Hauptkasse sind: in bar überwiesen 5 613,38 Mark; für Streikunterstützung 1 046,09 M.; für Krankenerhaltung 651,10 M.; für Sterbegeld, Gemahlsregelunterstützung und Rechtschutz 103,30 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3295,50 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 3168,06 M. Bleibt somit Bestand von 127,44 M. Die Aussichten für 1912 scheinen gute zu werden. In Trier-West sollen 40 Wohnhäuser errichtet werden. Außer der im Bau begriffenen 6ter Kaserne und des Gymnasiumneubaus wird auch der Bau der neuen Hofebrücke und der Kirche in Maar in Angriff genommen. 40 000 M. hat der Kultusminister als 1. Rate zur wissenschaftlichen Forschung und Freilegung des römischen Kaiserpalastes in den Etat eingestellt. Ebenso kommen noch eine Anzahl Privatbauten und größerer Reparaturen zur Ausführung. Diese Gelegenheit muß zur weiteren Stärkung des Verbandes benutzt werden. Zur vollständigen Gesundung unserer inneren Verhältnisse ist eine gründliche Reform erforderlich. Nach dem Statut stehen wir mit unseren Beiträgen um 10 Pf. zu niedrig und sind diese vom 1. März ab zu erhöhen. Einem Beschlusse bedarf es nicht, da das Statut für jeden das Gebührende ist. Ebenso ist der Lokalkassenbeitrag bzw. Winterbeitrag nicht ausbleibend, um den jetzigen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Der Winterbeitrag ist von 10

auf 20 Pf. zu erhöhen. Die diesbezüglichen gestellten Anträge gelangten zur einstimmigen Annahme. Zum Schlusse dankte Kollege Baucus allen Kollegen für die treue Mitarbeit. Was uns in diesem und nächsten Jahre bevorsteht, ist uns allen klar. Betrachten wir uns die Vorgänge im Arbeitgeberlager. Diesen Strömungen gegenüber sind unsere Aufgaben klar vorgezeichnet. Darum auf zur weiteren Mitarbeit, zur weiteren Stärkung und Festigung unseres Verbandes.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Ein Schneiderstreik in 32 deutschen Städten ist ausgebrochen. Die Verhandlungen über die in diesen Städten zum Ablauf kommenden Tarife endeten resultatlos, worauf die Gehilfen die Arbeit einstellten. Es stehen jedoch Friedensverhandlungen in Aussicht, da der Arbeitgeberbund in einem Schreiben an die Gehilfenorganisation sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt hat.

Zur Lage des deutschen Krankenpflegepersonals. Der Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen Deutschlands (angeschlossen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften) hat durch eine Eingabe beim Bundesrat eine amtliche Erhebung über die Lage des Krankenpflegepersonals in Deutschland beantragt. Bisher hat jede zusammenfassende Darstellung über die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Berufsgruppe gefehlt, ein Mangel, der sich besonders bei allen Reformbestrebungen des Personals bemerkbar macht. Dabei herrscht in diesem Gewerbe eine große Verschiedenheit und Vielgestaltigkeit der Verhältnisse, so daß es sehr schwer ist, geeignete Vorschläge für eine Reform der verbesserungsbedürftigen Zustände zu machen. Hier muß im Interesse des Personals wie des ganzen Berufs Klarheit geschaffen werden. Im Verfolg dieser Gedanken ist der Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen mit der eingangs erwähnten Eingabe an den Bundesrat herantreten.

Die augenblickliche Lage im deutschen Bergbau. Die deutschen Bergarbeiter stehen nun schon seit Wochen in einer Lohnbewegung. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beschloß eine abwartende Stellung einzunehmen, da aus Zeichenkreisen eine Lohnerhöhung zum 1. März oder 1. April bestimmt in Aussicht gestellt wurde, andererseits auf einer Anzahl Gruben sogar schon früher eine Lohnaufbesserung in Kraft trat. Seitens des radikalen „Dreibundes“, bestehend aus dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband mit seinen beiden Anhängern, polnische Berufsvereinigung und Girsch-Dundersches Verbändchen, wird nun gegen den Gewerksverein wegen dieser seiner Haltung eine wüste Heße entfaltet. Die Stellung des Gewerksvereins spiegelt sich am besten in folgender Resolution wieder, die in mehreren Versammlungen im Ruhrrevier angenommen wurde:

„Einen Sympathiestreik zugunsten der Engländer lehnt die christliche Arbeiterschaft des Ruhrreviers ganz entschieden ab, weil sie nur dann in einen Streik eintreten kann und will, wenn der Streik im Interesse der deutschen Bergarbeiter notwendig ist und Erfolg verspricht, nicht aber wenn das Ausland schließlich den Nutzen und Deutschland den Schaden haben soll. Angesichts der Tatsache, daß der englische Bergbau Deutschland früher bei Streiks mit Kohlen überschwemmt und dadurch dem deutschen Bergbau ganz erhebliche Absatzgebiete weggenommen hat (im Jahre 1910 betrug die Einfuhr englischer Kohle in Deutschland 9 653 115 Tonnen im Werte von 135 Mill. Mark, während eine Einfuhr deutscher Kohlen nach England nicht vorhanden war) liegt es wohl mehr im Interesse der deutschen Bergarbeiter, dahin zu streben, die Deutschland verloren gegangenen Absatzgebiete des deutschen Bergbaues wieder zu erobern und nicht das sich langsam erhebbende Wirtschaftskrisen durch einen planlosen Streik im Bergbau auf das äußerste zu gefährden. Vorstehende Stellungnahme ist lediglich bedingt durch das Interesse der deutschen Volkswirtschaft und damit auch der deutschen Bergarbeiter. Die 135 Mill. Mark, für welche im Jahre 1910 englische Kohlen in Deutschland verkauft wurden, bedeuten nicht nur für den deutschen Bergbau eine Einschränkung der Förderungsmöglichkeit, sondern auch den Verlust der auf diese Arbeitsleistung entfallenden Lohnsummen. Zum Teil wurden durch diesen Umstand die Forderungen verursacht, unter welchen die deutsche Arbeiterschaft im Jahre 1910 erheblich zu leiden hatte. Die Versammlungen erwarteten, daß auch die Unternehmer des Ruhrreviers entsprechend der demnächst eintretenden Kohlenpreiserhöhung sowie der Besserung auf dem allgemeinen Wirtschaftsmarkte eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne eintreten lassen, wie dies bereits von dem Schweizer Bergwerksverein dem Arbeiterausschuß von der Grube Anna bestimmt in Aussicht gestellt worden ist. Sollten die Unternehmer ihren Versprechungen in bezug auf eine angemessene Erhöhung der Löhne nicht nachkommen, so wird die deutsche Bergarbeiter-schaft, wenn sie sich jetzt nicht durch einen unzeitigen Kampf ihre Position erschwert, in der Lage sein, sich ihre Rechte zu erkämpfen. In diesem Falle, erklärten die Versammlungen, werde die gesamte Öffentlichkeit in Deutschland auf ihrer Seite stehen.“

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Eine Million englischer Bergarbeiter im Streit. Einer der gewaltigsten Kämpfe, der dem Wirtschaftsleben Englands überhaupt aufgezweigt werden kann, hat seinen Anfang genommen. Die eifrigen Bemühungen

der Regierung, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, sind also vergebens gewesen, wenigstens vorläufig. Eine längere Dauer des Kampfes ist bei der Eigenart der englischen Verhältnisse kaum anzunehmen, denn die Regierung ist bereit, den Bergarbeitern in bezug auf ihre Hauptforderung des Mindestlohnes auf gesetzlichem Wege entgegenzukommen. Uebrigens stand der größte Teil der Grubenbesitzer der Frage des Mindestlohnes grundsätzlich nicht mehr ablehnend gegenüber. Da tauchte plötzlich die Forderung eines allgemeinen Mindestlohnes auf, der die Verständigung in einzelnen Bezirken ausschloß.

Aber auch jetzt noch waren die Minenbesitzer der Forderung des allgemeinen Mindestlohnes nicht abgeneigt. In einer Note vom 21. Februar nahmen sie die Forderung im Prinzip an. Der Mindestlohn für Arbeiter in den anormalen Plätzen sollte ein Schilling (ungefähr eine Mark) höher sein als derjenige für normale Plätze. Die Arbeitervertreter fanden jedoch diese Vorschläge für ungenügend. Sie lehnten die Unterscheidung von anormalen und normalen Plätzen ab und verlangten einen Mindestlohn von 6—7½ Schilling, je nach den verschiedenen Regionen. Diese Grundforderung wurde von den Arbeitgebern nicht zugestanden und deshalb der Ausbruch des Streiks.

Es sind zwar starke Kohlenvorräte, besonders von den Eisenbahngesellschaften, angesammelt worden, doch werden diese bald zur Reize gehen. Wie die Zeitungen melden, haben jetzt bereits einzelne größere industrielle Werke ihre Betriebe schließen müssen.

Aus der ganzen Entwicklung ersieht man, welche Niedrumtheit die deutschen Bergarbeiter begehren würden, wenn sie sich jetzt in einen Streit hegen ließen, der wochenlang, jedenfalls aber länger wie der englische, andauern würde. Die Engländer würden schnell Frieden machen und dann den deutschen Markt mit Kohlen überschwemmen, genau wie 1905, wo sich die englische Kohleneinfuhr gegen das Vorjahr mehr als verdreifachte.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser beschloß auf seiner am 18. Februar in Geestemünde stattgefundenen Generalversammlung in Rücksicht auf die ungeklärten Verhältnisse des Jahres 1913 den Jahresbeitrag zweimal zu erheben, und zwar die erste Rate sofort und die zweite Rate am 1. Juli 1913.

Die Bildung des Wehrschages — ein Besteuerungsversuch. Das Zusammenbringen der vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossenen Bildung eines Wehrschages von einer Million Mark bereitet der Bundesleitung schwere Sorgen. Von Kennern der Verhältnisse ist von Anfang an bezweifelt worden, daß der Arbeitgeberbund aus den Reihen seiner Mitglieder diese Summe aufbringe. Andererseits ist aber in führenden Bundeskreisen, auch jetzt noch, der Ruf nach Rache für den Ausgang des Kampfes von 1910 lebendig. Daß man dort aus dem großen Kampf auch gar nichts gelernt hat, dafür ist schließlich die Bildung eben dieses „Wehrschages“ selbst Beweis. Also, der Bund braucht Geld, viel Geld, gleich eine ganze Million. Allerdings auch noch aus einem andern Grunde: Man möchte bei zukünftigen Kämpfen nicht auf die Hilfe anderer angewiesen sein. Die Erfahrungen, die man diesjährig 1910 machen mußte, waren auch wirklich zu bitter. Warten doch die Versprechungen auf finanzielle Unterstützung, die den aussperrungswütigen Bauunternehmern von den Herren der Großindustrie gemacht wurden, heute noch auf ihre Verwirklichung. Nebenbei gesagt: das war den Herren auch gar nicht zu verdenken. Wer wird sein Geld für eine offensichtlich verlorene Sache wegwerfen? Die „Männer von Kohle und Eisen“ jedenfalls nicht. Daß aber die Aussperrung eine verlorene Sache war, trat schon nach den ersten Tagen nach Ausbruch derselben klar zutage. Welche Illusionen man sich dieserhalb im Arbeitgeberlager hingab, geht aus der Neuzugung eines Mitgliedes der Bundesleitung hervor, das — die Wichtigkeit damaliger Wittermeldungen vorausgesetzt — im Sauerlande seinen Gezeiten von 70 Mill. Mark erzählte, die dem Arbeitgeberbund zur Verfügung gestellt seien. Man wird es also menschlich ganz begreiflich finden, daß sich die leitenden Personen des Arbeitgeberbundes in Zukunft vor solchen Enttäuschungen schützen und eine eigene Kasse anlegen wollen. Deshalb also braucht man die Million als „Wehrschag“. Aber wie diese zusammenbringen? Das ist, wie sich bis dato zeigt, nicht ganz einfach.

Zwar war die Bundesleitung sehr zuberstichtlich, als sie in einem Rundschreiben an die Bundesmitglieder die Notwendigkeit des „Wehrschages“ begründete. Da wurde mit Emphase gesagt: „Es muß dem Arbeitgeberbund bei seinen 22 000 meist gut situierten Mitgliedern ein leichtes sein, diese Summe aufzubringen.“ (Als wir bei den Verhandlungen 1910, hinreichend begründet, eine Lohnerhöhung forderten, waren unsere Bauunternehmer beileibe nicht in der Lage, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu tragen. Das ganze Baugewerbe würde dadurch ruiniert usw. „Reißt gut situierte“ Bauunternehmer, die spielend eine Million aufbringen können, sind aber doch wohl nicht so leicht ruiniert?! — Doch das nur nebenbei.)

So ganz leicht also, wie sich die Bundesleitung die Ansammlung des — sagen wir einmal — Kriegschages dachte, geht die Geschichte nicht. Ja, man kann nicht einmal sagen, daß jener Beschluß bei den Bundesmitgliedern selbst übermäßige Begeisterung ausgelöst hätte. Im Gegenteil. Viele wädelten dazu ganz bedenklich mit dem Kopfe und hielten ihre „Wädeln“ fest. Was Wunder also, wenn man zu etwas drastischeren Mitteln griff. Denn haben muß man die Million, wenn man bei den Verhandlungen 1913 die Arbeiter unterkriegen will. So denkt man ganz besonders im Westdeutschen Arbeitgeberbund — natürlich, wer würde auch von dem etwas anderes erwarten. Wie nun schon seither die „Mitteln“ Deute der gesamten Bauunternehmerzunft im Westdeutschen Arbeit-

geberbund saßen, so kam auch jetzt seine Leitung auf die zwar etwas eigenartige, aber immerhin grandiose Idee, dem „Wehrschag“ Mittel zuzuführen, „ohne daß seine Mitglieder selbst irgendwie dadurch belastet werden“.

Der Westdeutsche Arbeitgeberbund will, wie wir bereits mitteilten, die Mittel zur Aufbringung des „Wehrschages“ von den Baumaterialienhändlern und sonstigen Lieferanten erheben, indem diese bei Ausstellung von Rechnungen 1/10% des jeweiligen Rechnungsbetrages an den Westdeutschen Arbeitgeberbund zahlen sollen. Diese Zahlung soll in der Form geschehen, daß die Händler bei dem Westdeutschen Arbeitgeberbund Marken kaufen und letztere in entsprechender Höhe auf ihre Rechnungen kleben. Die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sollen nur von solchen Händlern beziehen, die sich diesen Bedingungen unterwerfen.

Wenn man dem Rundschreiben des Westdeutschen Arbeitgeberbundes Glauben schenken darf, so stehen die organisierten Händler der Sache sympathisch gegenüber, und sogar die nichtorganisierten sollten sich ohne weiteres zur Uebernahme der Belastung bereit erklärt haben.

Der Plan ist nicht übel ausgedacht, das muß der Reich den Westdeutschen lassen. Nur ist der Optimismus, den sie in die Bereitwilligkeit der Händler setzten, „leider“ in höchst undankbarer Weise enttäuscht worden. Diese wehren sich nämlich mit Händen und Füßen gegen eine solche Zumutung. „Einen Besteuerungsversuch“ nannte es eine „interessierte Seite“ in der „Köln. Volksztg.“, die in einer Zuschrift ausführte, daß die vom Bunde angenommene Bereitwilligkeit der Händler den Tatsachen nicht entspreche. Und der Schreiber fügt als Beweis die Namen der bedeutendsten Lieferanten-Korporationen an, die diese „ungewöhnliche Art der Besteuerung“ seitens des Bundes“ ablehnen.

Dieser Widerstrebigen Zähmung verdrückt nun die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in einem rechtshau-benden, mit allerlei Drohungen gespickten Artikel „Zur Markttarifenfrage“. Besonders erhebt sie die Veröffentlichung einiger Zuschriften im „Deutschen Holzverkaufsanzeiger“, worin irgendein widerstrebiger Händler die vorwiegige Frage aufwarf: „Zahlen denn die Bauunternehmer auch schon zum Wehrschag beizulegen, denen sie zumuten, ihren Wehrschag mitaufzubringen?“ Entkräftet fragt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“: „Kommt der Abwehrkampf, zu dem die Bauunternehmer einen Wehrschag anlegen wollen, nur ihnen zugute?“ In die Mahnung, die gemeinsamen Interessen von Handel und Produzenten nicht zu vergessen, knüpft sie folgende Drohung: „Erst recht sollten es Vertreter der jüngsten dieser Gruppen nicht tun, sollten eher bedenken, daß es kein unberechenbarer Schaden für das Baugewerbe wäre, wenn ihre Reihen durch 5 dividiert würden.“

Das ist allerdings ein Radikalmittel. Also aufpassen triff man die Reihen der Händler! Das klingt sehr sozialdemokratisch!

Ganz aus dem Häuschen gebracht wird aber der Artikelschreiber durch den Rat des „Deutschen Holzverkaufsanzeiger“, „Jeder Unternehmer möge so viel an Beitrag zahlen, als zur Ansammlung eines geeigneten Wehrschages notwendig sei. Zum Ueberflus hat das Blatt diesen „guten Rat“ auch noch in gedruckt gebracht!

Dagegen legt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in gütiger Weise los:

„Wie wäre es, wenn das ausführende Baugewerbe seine Materialien in Genossenschaften einkaufte und mit einem Teile des Gewinns seinen Wehrschag füllte, indem es sich ein Beispiel nicht nur an den „Scheinträgern“, sondern an den Arbeitern überhaupt nähme?“

Nun will man also den Händlern schon ganz den Garaus machen! Wenn das nicht hilft, hilft nichts mehr.

Nachdem man so die Materiallieferanten genügend eingeschüchert zu haben glaubt, fährt der Artikelschreiber zum Schluß nochmals großes Geschütz auf. Er orakelt: Wir fühlen uns

„vielmehr stark genug, einen großen Teil der Händler für uns zu gewinnen, aber auch stark genug, Händler, die sich von solch kurzfristigen, maßgebenden Stellen leiten und verleiten lassen, uns entgegenzuarbeiten, aus unseren Lieferantenbüchern zu streichen. Wir dürfen denn auch hoffen, unseren Zweck zu erreichen — ob von 50 oder von 100 Händlern die Materialien bezogen werden, für uns, unseren Wehrschag, spielt es keine Rolle und liefern können uns die 50 bis 100 mehr, als wir brauchen.“

Man sieht, wie hier mit dem schärfsten wirtschaftlichen Druck gedroht wird, nur um dem Bund zur Befriedigung seiner Ausperrungsgelüste Mittel zuzuführen. Was würde man wohl in Unternehmerkreisen sagen, wenn wir Arbeiter mit ähnlichen Mitteln „Wehrschage“ zu bilden versuchten?

Diese Maßnahmen der Unternehmer zeigen aber auch den Bauarbeitern, welche Mächte im Unternehmerlager auch heute noch an der Arbeit sind. Daß es der „Westdeutsche Arbeitgeberverband“ ist, der zu solchen kaum mehr einwandfreien Mitteln greift, ist für den Ausgang der Tarifverhandlungen im Jahre 1913 wahrlich kein gutes Omen. Wissen wir doch, daß gerade dieser Verband die treibende Kraft war in der Injizierung der Aus-sperrung 1910. Das Vorstehende zeigt, daß man dort nichts gelernt und nichts vergessen hat. Das mögen sich aber auch die Vertrauensseligen unter uns merken. Die Rüstungen des Bundes zu parieren, haben wir noch ein Jahr Zeit. Wahrlich, nur eine kurze Spanne Zeit — nutzen wir sie aus!

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat im Monat Januar nach dem „Reichs-Arbeitsbl.“ im allgemeinen einen kleinen Rückgang erfahren. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung in den meisten Gewerben auf der Höhe des Vormonats gehalten, in einigen hat sie eine Besserung erfahren, während das Baugewerbe wegen des starken Frostes zumeist still lag. Auf dem Kohlenmarkt hat die bereits in den Vormonaten gemeldete günstige Lage im Januar weitere Fortschritte gemacht. Auch in Ober- und Niederösterreich war der Abzug durchweg recht günstig, ebenso ist im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nach Eintreten des Frostwelters der Geschäftsgang wesentlich besser geworden. Recht lebhaft war ebenfalls der Geschäftsgang in der chemischen und elektrischen Industrie, sowie im Kalibergbau. Auch die Hoheisenherstellung, die Eisengießerei und der Maschinenbau werden als gut beschäftigt bezeichnet, nur der Motorenbau ließ zu wünschen übrig; recht befriedigend war auch der Beschäftigungsgrad in den Getreidemüllereien. Die Lage der Baumwollspinnereien, die sonst zumeist über schlechten Geschäftsgang klagten, war befriedigend; recht ungünstig wird die Beschäftigung der Tuchindustrie geschildert. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Januar weiter nachgelassen; es ergab sich am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder bezüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von zusammen 56 707 (- 59 240 männlichen, + 2533 weiblichen) Mitgliedern. Die Abnahme war stärker als im gleichen Monate des Vorjahres, in dem sich der Mitgliederbestand der Krankenkassen um 41 297 Personen verminderte. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen gefallen, wenn man den Bestand vom 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, auf 98; im gleichen Monate des Vorjahres war er auf 99 gefallen. Beim weiblichen Geschlechte hat er sich wie im Januar 1911 auf der Höhe des Jahresbeginns gehalten.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Januar berichten 52 Fachverbände mit 2 039 578 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 2,9 Proz. arbeitslos. Ende Dezember 1911 betrug die Arbeitslosigkeit 2,4 Proz. und Ende Januar 1911: 2,6 Proz. Es ist also gegenüber dem Vorjahre sowohl wie auch gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung zu verzeichnen. Die Arbeitsnachweisziffern würden dagegen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, dem Vorjahre gegenüber auf Besserung des Beschäftigungsgrades, dem Vormonate gegenüber jedoch auf Verschlechterung schließen lassen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Januar 1912 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 192 Arbeitsgehebe gegen 196 im gleichen Monate des Vorjahres und 183 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 100, 20 bzw. 112.

In Berlin und der Provinz Brandenburg hat der bereits im Dezember gemeldete Rückgang auf dem Arbeitsmarkt angehalten, doch mancherorts sich bereits Anzeichen einer Besserung bemerkbar. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg gestaltete sich die Gesamtlage infolge des Frostes ungünstiger, doch war die Arbeitslosigkeit reichlicher als im Januar 1911. In Rheinland und in Westfalen ist der Zubruch der Arbeitslosen stärker gemindert als das Angebot von offenen Stellen. In Hessen, Hessen-Nassau und Sachsen war die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen günstig. In Bayern war der Geschäftsgang in der Hauptsache still, in Württemberg und Baden gestaltete er sich etwas besser. Die Gesamtlage aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im Januar 149 439 885 t, das sind 12 733 907 t mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies bedeutet eine Mehrleistung von 206 t oder 7,86 Proz. auf 1 Kilometer. Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, bei der Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Januar die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 823,43 Mill. Mark, die Ausfuhr einen Wert von 614,32 Mill. Mark gegen 729,25 Mill. Mark und 556,75 Mill. Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baumfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumfälle sind so schnell als möglich einzufenden.)

Güntersleben b. Würzburg. Am 23. Februar verunglückte unser Kollege Joseph Göpfert im Betriebe der Hartstein-Fabrik in der Dürnbachau b. Würzburg. Derselbe war an der Gasofenanlage damit beschäftigt, ein Loch in den Feuerungskanal zwischen dem Generator und der Anlage zu brechen, da der Generator nicht ziehen wollte. Plötzlich schlug das Feuer durch diese Öffnung und verbrannte den Kollegen schwer im Gesicht, an den Armen und Händen. Der Verunglückte wurde nach Würzburg ins Julius-Spital gebracht, wo er schwer verbrannt darnieder liegt.

Die Bautätigkeit in Rönigsberg i. Pr. im Jahre 1911. Die Bautätigkeit in unserer Stadt hat sich erfreulicherweise gehoben. In der Zeit vom 1. April 1911 bis zum 1. Februar 1912 sind 208 Bauscheine für Wohnhäuser erteilt worden gegen 90 Bauscheine für Wohnhäuser im ganzen Jahre 1910 und mehr als in irgendeinem Jahre seit 1906. An industriellen und gewerblichen Bauten sind 55 genehmigt, gegen nur zehn im Jahre 1910 und nur vier im Jahre 1902. Selbst in dem außergewöhnlich günstigen Baujahre 1906, in welchem die eben vollzogene Eingemeindung und der damalige billige Grundstand besonders anregend wirkten, sind nur 56 industrielle und gewerbliche Bauten genehmigt. Im ganzen sind 859 Bauscheine erteilt, d. h. mehr als in irgendeinem der letzten sechs vergangenen Jahre. Selbst in dem außergewöhnlich günstigen Baujahre 1906 sind nur 656 Bauscheine erteilt worden. Die Gesamtzahl der neuentstandenen Wohnungen beträgt 1388. Davon entfällt allerdings nur ein verhältnismäßig kleiner Teil auf Kleinwohnungen, für welche ein großes Bedürfnis vorhanden ist. Es sind neu hinzugekommen an Einzimmerwohnungen 90, an Zweizimmerwohnungen 345 und an Dreizimmerwohnungen 421. Um nach Möglichkeit für das Bedürfnis der ärmeren Bevölkerung Sorge zu tragen, hat die Stadt mit dem Wohnungsbauverein einen Vertrag über Errichtung einer größeren Anzahl von Kleinwohnungen abgeschlossen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Privatbautätigkeit sich demnächst auch dem Bau kleinerer Wohnungen im größeren Umfang zuwenden wird.

Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstelle Essen.

Allen, nach der Verwaltungsstelle Essen zureisenden Kollegen zur Kenntnis: Die Adressen unseres Arbeitsnachweises sind:

- In Essen, Frohnhauser Straße Nr. 19, Gewerkschaftshaus.
- Altenessen beim Kollegen Jos. Lopp, Hammerstr. 17.
- Rotthausen „ Alex Schuhmacher, Hilgenboomstr. 21.
- Krah beim Kollegen Karl Fröhlich, Karlstr. 81.
- Ettele „ Karl Koch, Chauffeestr. 37.
- Sorbeck beim Kollegen Wilh. Müller, Kaiserstr. 8.
- Kupferdreh beim Kollegen Eduard Reinhardt, Steinstraße.
- Weeden beim Kollegen Wilh. Frz. Geddr. 45.
- Caternberg beim Kollegen Johann Beder, Heinrichstraße 24.
- Reitwig beim Kollegen August Weisbender, Bauerschaft Nr. 2.
- Rekinghausen beim Kollegen Kaißer Müller, Kellinghäuser Straße 260.

Kollegen, welche zureisen, bekommen nur auf Grund ihres Mitgliedsbuches oder eines Ausweises nähere Aufklärung, wo sich Arbeitsgelegenheit bietet.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle Essen.

Bernhard Richter.

Achtung! Kollegen von Elberfeld und Barmen.

Am 11. März beginnen wieder die sozial-revolutionären Unterrichtsstunden. In Elberfeld in der Gewerkschule v. d. Heidegasse und in Barmen in der höheren Mädchenschule, Karlstraße. Es wird von unseren Kollegen erwartet, daß die Beteiligung an diesen Kursen eine bessere wird wie im vorigen Jahre. In folgenden Fächern wird Unterricht erteilt: Rechnen, Deutsch, Geometrie, Stenographie. Der Unterricht ist kostenlos. Nur wird ein geringer Beitrag für die Schreibmaterialien, Licht usw. erhoben. Dieser Beitrag wird sich für den Teilnehmer auf 70 Pf. stellen. Daran alle Hände heran und Elementarkenntnisse sammeln!

Verammlungskalender.

Trehsa. Am Sonntag, den 10. März 1912, nachmittags 5 Uhr, findet eine **außerordentliche Mitgliederversammlung** statt. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Berne (Bez. Münster). Sonntag, den 10. März 1912, nachmittags 2 1/2 Uhr, **außerordentliche Mitgliederversammlung** im Lokale H. Rohe. Die Mitglieder werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Briefkasten.

Nach Schwandorf. Für welchen Zweck sind die dem Versammlungsbericht beigegebenen 60 Pfg. (in Briefmarken) bestimmt?

Um mehrere Schriftführer. Wegen allzugroßen Stoffandranges mußten eine ganze Anzahl Versammlungsberichte zurückgestellt werden.

Raspar Gies-Linden (Mun.). Das Geld ist durch den Hauptkassierer mit noch anderen hier eingelaufenen Geldern an den Gesamtverband eingesandt worden, ohne besonders, d. h. nach Orten, angeführt zu werden. Die im Zentralblatt namentlich angeführten Orte haben ihre Beträge direkt nach Köln gesandt, was ich auch bei etwaigen späteren Anlässen ebenfalls empfehlen möchte. Denn so ist es nur doppelte Arbeit. Gruß.

Sterbetafel.

Unser treuer Kollege **Peter Probst** ist im Alter von 36 Jahren plötzlich an einem Schlaganfall gestorben.

Zahlstelle Saffig.

Am 27. Februar starb unser treues Mitglied, **Heinrich Canje**, im Alter von 47 Jahren infolge eines Herzschlages.

Verwaltungsstelle Cöln (Zahlstelle Hilfsarbeiter).

Am 6. Februar starb unser Kollege **Wilhelm Rabbe** im 43. Lebensjahre an Schlaganfall und am 11. Februar unser langjähriges Mitglied, **Heinrich Rabbe**, im 38. Lebensjahre nach 17monatlicher Krankheit.

Zahlstelle Stahl.

Am 22. Februar starb unser eifriges Mitglied, der Kollege **Michael Radolny** im Alter von 53 Jahren an einem Magenleiden.

Zahlstelle Berlin (Bauhilfsarbeiter).

Am 24. Februar starb unser Kollege **Johann Klose** im Alter von 40 Jahren an Schlaganfall. Er hinterläßt Frau und sieben Kinder unter 14 Jahren.

Zahlstelle Elguth-Proslan.

Unser ergrante Kämpfer, der Kollege **Franz Bremer**, starb am 26. Februar im Alter von 69 Jahren an Magenkrebs. Ein treues Andenken ist ihm sicher.

Zahlstelle Berlin (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Dienstag, den 12. März, abends 7 Uhr, findet in Frankfurt a. M. im Rechneraal, Langestr. 29, unsere **General-Versammlung** statt.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht. — 2. Vorstandswahl. — 3. Anträge und Beschlüsse.
- Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. (3,24)
- Der Vorstand. J. A.: Wilhelm Gerst.

vor jeder Nachahmung der echten

Stechenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Kadebeul,

denn nur Letztere beseitigt alle Arten von Hautausschlägen und Hautunreinigkeiten, wie ... Blättern, Finnen, Gesichtsröte. à Stück 50 Pf. Ferner macht der Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weiß und sammeltweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.

Hütet Euch

Sandoz's Buch frei!

Was noch erschienen: Buch von Eugen Sandoz, dem weltberühmten Gründer seines Körperpflege-Systems, über ... durch tägliche Übungen ...

Sandoz's Buch frei! Jeder Leser, der sofort schreibt, erhält ein Exemplar kostenlos und postfrei zugesandt. Sandoz Buch-Verlag G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstr. 102.



Lastige Gesellschaft steckt an!

So findet sie in einem Buch

Sprühregen des Humors

Dasselbe enthält die lustigsten neuesten Witze, Forträge und Gesänge. Sie werden sich dadurch in jeder Gesellschaft: unzerstörte Lachsalven hervorlocken! Kommt doch schnell ihnen viele Stunden der Lust und Laune und macht Sie in demnachstigen Gesellschaft zum König des Salons. Preis Mk. 1.00. Koopfer-Verlag, Berlin-S. 401, Warschauerstr. 27.

Achtung! Billiges Fleisch!

10 Pfd.-Postpaket 6,50 M. franko Nachnahme, enthält Rind- und Schweinefleisch ohne Knochen.

R. Grübel sen., Cabarz b. Waltershausen 168.

Allgemeiner Briefsteller

oder praktische Anleitung, wie man Briefe nach den Regeln des guten Stils schreiben soll. Eine Sammlung von zahlreichen Freundschafts-, Familienbriefen, Glückwünschen, Einladungen, Dankungs-, Trost-, Empfehlungsschreiben, Bittschriften, Verweisen, Mahnbriefen, Liebesbriefen und Heiratsanträgen, kaufmännischen Briefen, Formularen zu Anzeigen, Quittungen, Wechseln, Anweisungen, Eingaben, Klagen, Kontrakten, Vollmachten, nebst deutscher Sprachlehre und einem Fremdwörterbuch.

376 Seiten. Preis 1 M. 70 Pf. franko. Großer Katalog gratis. Fleker's Verlag, Leipzig 825.

Reichen Sie sich bei Einkäufen und Korrespondenz auf die „Baugewerkschaft“. So erwerben uns dadurch einen ...

Können Sie tanzen?

Wollen Sie ohne Lehrer in wenigen Stunden sämtliche modernen Rind- und Gruppentänze lernen, daß Sie sich auf jedem Vergnügen zwanglos bewegen können, so beziehen Sie das „Tanzlehrbuch zum Selbstunterricht“ von Balletmeister C. Henry. Preis 3. 1.50. Erfolg garantiert. W. A. Schwarze's Verlag, Dresden N. 6/340.